

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kfirringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhof 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abnahme höherer als 4 Bogen nur beim Druckverleger, wenn nicht anders vereinbart ist. Genehmigen für beide Fälle in Berlin.

Berlin, den 20. Juli 1932.

Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

Die Reichsexekution.

Der Streich der Schleicher-Regierung gegen Preussen.

SPD. Im militärischen Eilmarschtempo überstürzen sich seit Mittwoch früh die Ereignisse. So schnell, dass eine Nachricht die andere überholt, eine Sensation die andere, eine Verordnung schärfer als die andere.

Die verfassungsmässige preussische Regierung ist von reichswegen für abgesetzt erklärt; der Polizeipräsident der Reichshauptstadt, Grzesinski, Vizepräsident Weiss und Kommandeur Heimannsberg, die ihr Amt im Auftrage dieser preussischen Regierung ausgeübt haben und auf ihren Posten pflichtgemäss verharren, sind verhaftet und in das Moabiter Gefängnis eingeliefert worden. Über Berlin und der Provinz Brandenburg lastet der dumpfe Druck des militärischen Belagerungszustandes. Ein Generalleutnant hat die vollziehende Gewalt. Die Freiheit der Person, die Unantastbarkeit des Hauses und des Eigentums, alles hat in Berlin-Brandenburg mit einem einzigen brutalen Schlag aufgehört zu existieren.

In Preussen ist die sogenannte Reichsexekutive eingezogen. Die Regierung der Herren von Papen, von Gayl und von Schleicher haben über Preussen einen Gouverneur-Kommandanten eingesetzt, zu deutsch: Reichskommissar! Herr von Papen hat sich selbst dieses Amt verleihen lassen und sich sofort einen Stellvertreter genommen, einen Oberbürgermeister aus Essen, der die gleiche politische Karriere durchlaufen und die gleiche politische Frontstellung bezogen hat.

Und warum all dies? In ihrem Aufruf sagt die Reichsregierung: um die Ruhe und Ordnung im Staate aufrecht zu erhalten. Also muss etwas faul sein im Staate. Und es scheint uns so! Denn als Herr von Papen, unter einer Verhüllung, die Aufforderung an Severing richtete, den Platz zu räumen, und Severing das historische Wort sprach: "Nur mit Gewalt", da meinte der Reichskanzler: "Die Staatsraison erfordert, dass Sie gehen!". "Also doch politische Gründe," nagelte Severing sofort fest.

In der Tat! Besser als alle Kommentare und Rundfunkreden erhellt dieses hier wiedergegebene kleine Frage- und Antwortspiel die wahren Ursachen und Gründe aller Ereignisse der letzten 24 Stunden. In Altona gab es am Sonntag Tote, in Berlin und der Provinz Brandenburg müssen dafür die Lebenden büssen! Weil in Altona für einige Stunden Unordnung war, provoziert durch die SA, deshalb muss die in Berlin nie gestörte Ordnung "wiederhergestellt" werden! Deshalb wird ganz Preussen unter Kuratel gestellt, deshalb wird ein grosser Teil der Bevölkerung des 2/3 des Reichsgebietes umfassenden Staates in die allergrösste Erregung versetzt, deshalb wird Unruhe und Bestürzung in das vollkommen ruhige und nichtsahnende Süddeutschland getragen! Wahrlich, uns scheint, als wären alle Begriffe auf den Kopf gestellt. Die Reichsregierung hätte besser getan, sich eine Begründung zu ihrer Aktion zu ersparen. Sie überzeugt niemand und es wäre besser gewesen, Herr von Papen hätte gesagt: Hier stehe

ich, ich kann nicht anders. Was ich tue ist vereinbart und entspricht den Wünschen derer, die mich zwar unter den Linden nicht offen grüssen, die aber sehr wohl wissen, wo ich zu Hause bin.

Jenen äusserlich Opposition mimenden, im Stillen aber um so fester mit der gegenwärtigen Regierung verbündeten Herren der Braunen Häuser ist bisher jeder ausgestellte Wechsel eingelöst worden. Auflösung des Reichstages, Aufhebung des SA- und des Uniformverbotes, und jetzt das dritte Akzept: Preussen! "Schluss mit dem faulen Zauber" rief Nazi-Kube in der letzten Landtagssitzung! Herr Kerrl schrieb dann noch einen Brief hinterher: und heute bereits ist der Wunsch und das Abkommen erfüllt. Haben etwa die Kommunisten deshalb jahrelang den erbittertsten Kampf, Schulter an Schulter mit den Kube und Kerrl, gegen Severing und die preussische Polizei geführt, weil der von ihnen täglich und selbst jetzt noch bespiene Severing ihnen irgendwie besonders entgegengekommen wäre? Deshalb etwa auch der gemeinsame Volksentscheid von Hitler und Thälmann "das rote Volksbegehren" gegen die preussische Regierung? Wozu also diese Zungenschläge und Begründungen von Ausnahmezustand und Reichsexekution, wo nur alles das wahr gemacht wird, was die deutsche Reaktion, was Junker und Schwerindustrie, was Hugenberg und Hitler als unabänderliches Ziel seit Jahr und Tag gemeinsam verkündet haben. Sie haben es jetzt erreicht. Das allein sehen die erregten Massen und wir würden unsere publizistische Pflicht verletzen, wollten wir ihnen über mehr oder weniger gut herausgeputzten juristischen Kulissen den Blick und die klare Aussicht versperren.

Es ist das historische Verdienst der preussischen Regierung und vor allen unsrer Freunde Severing, Braun, Grzesinski und aller verfassungstreuen Beamten dass sie die Reichsregierung gezwungen haben, den einmal beschrittenen nach unserer Meinung nicht gesetzlichen Weg bis zum Ende gehen zu müssen. Dass sie aber auch den um ihre soziale Gleichberechtigung und um ihre Freiheit ringenden Volksmassen ein Beispiel gegeben haben, das unauslöschlich bleiben und fortwirken muss. Das Beispiel der Treue, des Mutes, des Verantwortungsgefühles und der Kaltblütigkeit, mit der auch wir den Ereignissen entgentreten und der Zukunft entgensehen.

Die Reaktion und die Konterrevolution haben in den Zeiten schwerster materieller Not und tiefster Verwirrung und Trübung ihren Streich gegen Preussen geführt. Die Arbeiterklasse und die Republikaner werden ihm mutig zu begegnen wissen. Wir werden uns das Gesetz des Handelns ebensowenig nehmen wie wir uns den Termin der Abrechnung vorschreiben lassen. Die Verantwortung für alles was unterdessen im Zusammenhang mit dem Streich gegen Preussen geschieht fällt ausschliesslich auf die Regierung der Nazi-Barone.

SPD. Darmstadt, 20. Juli (Eig. Drahtb.)

Über den Standpunkt der hessischen Regierung zu den Vorgängen in Preussen erfahren wir folgendes:

Die hessische Regierung hat seinerzeit ebenso wie die süddeutschen Staaten sich mit Nachdruck gegen die vom Reich verfügte Beseitigung des Uniform- und Demonstrationsverbotes der Länder und gegen den Gedanken der Einsetzung eines Reichskommissars gewandt. Es besteht danach kein Zweifel, dass sie angesichts der jüngsten Ereignisse in Preussen an diesem Standpunkt festhält. Man ist innerhalb der hessischen Regierung insbesondere befremdet über die Plötzlichkeit und die Form, mit der die Reichsregierung gegen Minister des grössten deutschen Landes vorgegangen ist. Man begrüsst daher, dass verschiedene Länder zur Prüfung der Rechtsgültigkeit des Vorgehens der Reichsregierung an den Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches appelliert haben.

SPD. Der Reichspräsident hat am Mittwoch auf Vorschlag der Reichsregierung folgende Verordnung gegen die preussische Staatsregierung erlassen:

"Auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preussen folgendes :

§ 1. Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler Reichskommissar für das Land Preussen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preussischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preussischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reiches mit der Führung der preussischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preussischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereiches alle Befugnisse der preussischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preussischen Staatsministeriums aus.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft."

SPD. Rom, 20. Juli (Eig. Drahtb.)

Das italienische Kabinett hat eine grosse Umwandlung erfahren. Die Minister des Äusseren, der Finanzen, des Unterrichts, der Justiz und der Korporationen sind zurückgetreten.

Mussolini übernimmt wieder wie früher neben dem Ministerium des Innern das des Äusseren und der Korporation. Zum geschäftsführenden Unterstaatssekretär des Äusseren wurde der Abgeordnete Snovich ernannt, der als Vorsitzender verschiedener internationaler Kommissionen und als Staatskommissar für Tourismus bekannt ist. Finanzminister wird der Abgeordnete Jung, der Parlamentarier für Finanzfragen, Justizminister der Direktor der Universität in Rom Professor Francisiere und Unterrichtsminister der Direktor der Universität Palermo Professor Ercole.

Die Umbildung des Kabinetts war seit langem geplant. Trotzdem ist man allgemein überrascht, dass Aussenminister Grandi ausgerechnet nach Lausanne gehen musste. Gerüchtweise verlautet, dass Mussolini zwar mit dem Ergebnis von Lausanne hinsichtlich der Reparationen und des Schuldenabkommens zwischen den Gläubigerstaaten durchaus zufrieden aber ungenalten darüber sei, dass sie Grandi bei den englisch-französischen Verhandlungen über den Vertrauenspakt in den Hintergrund habe schieben lassen. Trotzdem ist weder Grandi noch Botta der das System des Ständestaates ausgearbeitet hat, in Ungnade gefallen. Beid dürften wichtige Botschafterposten erhalten.

SPD. Die Regierung der Nazi-Barone hat im Zusammenhang mit ihrer Aktion gegen die preussische Staatsregierung über Berlin und die Provinz Brandenburg den militärischen Ausnahmezustand verhängt. Sie hat folgende Verordnung erlassen:

§ 1.

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres ausser Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäusserung einschliesslich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmungen sowie Beschränkungen des

Eigentums auch ausserhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2.

Mit der Bekanntgabe dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann. Zur Durchführung der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Massnahmen wird dem Inhaber der vollziehenden Gewalt die gesamte Schutzpolizei des bezeichneten Gebiets unmittelbar unterstellt.

§ 3.

Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solchen Zuwiderhandlungen auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn sie Zuwiderhandlungen den Tod eines Menschen verursachen, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögenseinziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeinen Gefahr oder Zuwiderhandlung (Absatz 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 4.

Die in den §§ 81 (Hochverrat), 302 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwemmungen), 315 Absatz 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraften Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind, unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 92 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden; ebenso in den Fällen des § 125 Absatz 2 (Rädelsführer und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) und § 115 Absatz 2 (Rädelsführer und Widerstand bei Aufruhr), wenn der Täter den Widerstand, die Gewalt oder Drohung mit Waffen oder ein bewusstes oder gewolltes Zusammentreffen mit Bewaffneten begangen hat.

§ 5.

Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister der Justiz ausserordentliche Gerichte zu bilden. Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören ausserdem im § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 (Reichsgesetzblatt S. 371) aufgeführte Straftaten, auch die Vergehen und Verbrechen nach § 3 der vorliegenden Verordnung.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Neudeck und Berlin, den 20. Juli 1932.

Der Reichspräsident: gez. v. Hindenburg.

Der Reichskanzler: gez. von Papen.

Der Reichsminister des Innern: gez. Freiherr
von Gayl.

Der Reichswehrminister: gez. von Schleicher.

+ + +
Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 übertrage ich die vollziehende Gewalt für den Bezirk Gross-Berlin und Provinz Brandenburg auf den Befehlshaber im Wehrkreis 3, Generalleutnant von Rundstedt
gez. Schleicher.

SPD. Die preussische Staatsregierung nimmt einstimmig zu den preussischen Vorgängen wie folgt Stellung :

Die Einsetzung des Reichskommissars für Preussen, dem die gesamte vollziehende Gewalt übertragen wird, widerspricht nach Ansicht der preussischen Staatsregierung der Reichsverfassung:

I.

1. weil kein Anlass zu einer solchen Massnahme vorliegt,
2. weil die Einsetzung keine "nötige Massnahme zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" ist,
3. weil die Einsetzung vielmehr andere Zwecke verfolgt.

Die Preussische Staatsregierung wird daher sofort den Staatsgerichtshof anrufen und bis zu dessen Entscheidung den Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragen.

II.

Soweit auf Grund des Art.48 der Reichsverfassung unmittelbar oder mittelbar durch einen Reichskommissar in Art.17 der Reichsverfassung eingegriffen wird, so z.B. durch Absetzung von Ministern oder Ernennung neuer Minister, oder in Art. 63 der Reichsverfassung, wonach die Länder im Reichsrat durch Mitglieder ihrer Regierungen vertreten werden, wird die preussische Staatsregierung einen solchen Eingriff als ungültig und nicht vorhanden ansehen.



SPD. Stralsund, 20.Juli (Eig.Drahtb.)

Vorfälle, die in ihrer Ungeheuerlichkeit wohl einzig dastehen, haben sich anlässlich des Hitler-Tages in Stralsund, zu dem Hitler persönlich erschienen war, zugetragen. Zu diesem Tage wurden 25 000 Teilnehmer angekündigt, erschienen waren jedoch nur etwa 12 000 Menschen. Auf einem Platz, wo sonst Kühe und Schafe ausgetrieben werden, fand die Veranstaltung statt. Da der Platz umgrenzt war, bereitete das neue Demonstrationsverbot keine Schwierigkeiten.

Aus einer Entfernung von über 200 km waren die SA- und SS-Leute zusammengezogen, um sich ein Stelldichein mit ihren Auftraggebern in Grossagrariern zu geben. Die vorgesehenen Plätze wurden trotz der verteilten Freikarten nicht ausverkauft. Kurz vor Beginn der Veranstaltung wurden die umherstehenden Neugierigen ohne Zahlung von Eintrittsgeld hereingelassen. Als um 24 Uhr Hitler noch immer nicht erschienen war, verliess ein grosser Teil des wartenden Publikums den Platz. Gegen 2 Uhr nachts traf dann Hitler, von Warnemünde kommend, ein und sprach etwa 10 Minuten. Trotz der unerhörten Provokationen, die bereits am Nachmittag Zusammenstösse zur Folge hatten, bei denen die Polizei rücksichtslos von den Gummiknüppeln Gebrauch machte, bewahrte die Arbeiterschaft Disziplin. Zur Unterstützung der Polizei war ein Polizeikommando aus Stettin erschienen.

Etwa 10 km von Stralsund entfernt hatten 120 Rote Falken aus Stralsund und Greifswald im Walde ein Zeltlager aufgeschlagen. In der Nähe befindet sich auch ein Jugendheim, das kurz vor seiner Vollendung steht. Durch die feigen und gemeinen Ueberfälle gewarnt, waren etwa 40 Mitglieder der Eisernen Front von Franzburg zum Zeltlager gefahren, um als Schutz zu dienen, und zwar mit besonderer Genehmigung des Landrates. Gegen Mitternacht erschien plötzlich ein Ueberfallwagen der Stettiner Polizei. Ein sich auf einer Fahrt nach einem in der Nähe liegenden Ort befindlicher sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter aus Stralsund wurde von der Polizei angehalten. Mit vorgehaltenem Revolver mussten die Insassen, mehrere Gewerkschaftssekretär, ihre Waffen aushändigen, obwohl sie im Besitz eines Waffenscheines waren. Die Proteste des Abgeordneten wurden von den Polizeibeamten mit "Halten Sie das Maul" erledigt. Die Insassen des Autos wurden verhaftet und in einem Kraftwagen in das Gerichtsgefäng-

nis Stralsund eingeliefert. Diese Vorfälle ereigneten sich auf der Chaussee vor dem Walde. Während das Auto untersucht wurde, setzte ein mörderisches Feuer seitens der Polizei ein. Ohne Ursache wurde in den Wald und auf das Jugendheim geschossen. Von einer Kugel getroffen, sank der Leiter des Zeltlagers, ein 29jähriger Lehrer Krull aus Greifswald zu Boden. An den Folgen einer Kopfverletzung ist er im Krankenhaus gestorben. Die Polizei drang dann mit dem Ruf "Hände hoch" in das Jugendheim ein. Die Beamten gebrauchten Ausdrücke wie: "Wollt Ihr roten Hunde wohl stillstehen!" Widerstandslos folgten die anwesenden Männer und Jugendlichen. Kein Schuss fiel aus dem Walde. Trotzdem schoss die Polizei weiter in den Wald hinein. Etwa 60 Personen wurden verhaftet und unter schärfster Bedeckung nach Stralsund gebracht, wo sie in das Gerichtsgefängnis eingeliefert wurden. Der grösste Teil ist später wieder entlassen worden. Als sich die verhafteten Franzburger Parteifreunde am Mittwochvormittag nach Hause begaben, wurden sie in ihrem Heimatort von den Nationalsozialisten empfangen und schwer misshandelt. Es gab viele Schwer- und Leichtverletzte. Die Polizei unternahm nichts gegen diese Bluttat.

In den Morgenstunden des Mittwoch schossen die Nationalsozialisten, als sie nach dem Hitler-Appell abzogen und die Strassen der Vorstädte passierten, von ihren Lastkraftwagen mit Revolvern und versetzten die Einwohner in Angst und Schrecken.

An die Partei!

SPD. Der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der deutschen Republik ist zunächst mit aller Kraft als Wahlkampf zu führen. Es liegt beim deutschen Volke, durch seinen Machtspruch am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, der durch das Zusammenwirken der Reichsregierung mit der Nationalsozialistischen Partei entstanden ist. Die Organisationen sind in höchste Kampfbereitschaft zu bringen. Strengste Disziplin ist mehr denn je geboten. Wilden Parolen von unbefugter Seite ist Widerstand zu leisten. Jetzt vor allem mit konzentrierter Kraft für den Sieg der Sozialdemokratie am 31. Juli! Freiheit!

Der Parteivorstand.

Berlin, 20. Juli 1932.

SPD. Kiel, 20. Juli (Eig. Drahtb.)
Trotz der politischen Hochspannung war eine am Mittwoch stattgefundene Kundgebung der Nazis mit Hitler eine Riesenpleite. Man hatte in Nazikreisen mit einer Beteiligung von mindestens 30 000 Menschen gerechnet, zumal die SA fast der ganzen Provinz mobilisiert worden war. Nach polizeilicher Schätzung waren indessen nicht mehr als 7 bis 8 000 Personen erschienen, die die Nordostseehalle nur zur guten Hälfte füllten. Gegenüber der Demonstration der

Sozialdemokratie am letzten Sonntag mit Severing, an der sich 28 bis 30 000 Menschen beteiligten, ist der Aufmarsch der Nazis ein ungeheurer Reinfall gewesen.

Wie die Naziführung in dieser Situation Hitler einschätzt, zeigt folgender Vorfall. Als einzelne Führer gefragt wurden, ob in so gespannter Lage Hitler überhaupt erscheinen werde, erwiderten sie: "Warum nicht. Hitler hat zu trommeln. Die politische Entscheidung in Berlin treffen schon andere Leute."

SPD. Der Aktion der Regierung der Nazi-Barone gegen die preussische Staatsregierung ging eine kurze Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den preussischen Ministern Hirtsiefer, Severing und Klepper voraus.

In dieser Besprechung führte Herr von Papen aus: Die Reichsregierung beachte die Lage in Preussen seit längerer Zeit aufmerksam und sei zu der Ueberzeugung gekommen, dass die Ruhe, Sicherheit und Ordnung in Preussen nicht mehr gewährleistet sei. Der Reichspräsident habe daher der Reichsregierung ausserordentliche Vollmachten gegeben und auf Grund dieser Vollmachten aus Art. 48 Absatz 1 und 2 hat der Reichskanzler den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun und den preussischen Minister des Innern Severing ihres Amtes enthoben. Preussischer Ministerpräsident sei durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten der Herr Reichskanzler von Papen, der Herrn Dr. Bracht zu seinem Bevollmächtigten und preussischen Minister des Innern ernannt habe.

Auf diese Mitteilung erklärte der preussische Minister des Innern, dass er diese Verordnung nicht als verfassungs- und rechtmässig anerkennen könne, er bestreite, dass Preussen die ihm nach der Verfassung und nach den Gesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe. Er bestreite ferner entschieden, dass in Preussen die öffentliche Sicherheit und Ordnung stärker gesört sei als in irgendeinem anderen deutschen Lande. Dies träfe um so mehr nicht zu, wenn man bedenke, dass in Preussen die grössten Gefahrenzonen und Gefahrengebiete lägen. Er erkläre daher, dass er von seinem Platze nur der Gewalt weichen würde. Diese Tage schrieben Weltgeschichte und ein republikanischer Minister würde nicht mit dem Makel der Desertion aus seinem Amte scheiden.

Auf diese Weigerung hin hat der Reichskanzler versucht, eine gütliche Verabredung zu konstruieren, worauf Severing erklärte, eine Verabredung könne nur zwischen gleichberechtigten Partnern zustande kommen. Von einem solchen Verhältnis der Gleichberechtigung könne hier aber nicht die Rede sein, denn die Reichsregierung habe die preussische Regierung zum Appell befohlen und vor vollendete Tatsachen gestellt. Der Herr Reichskanzler irre, wenn er glaube dass seine, Severings Weigerung verfolge, um das Gesicht zu wahren, persönliche Momente spielten hier keine Rolle, hier handele es sich um einen Akt vaterländischer Pflichterfüllung gegenüber Preussen und Deutschland. Ein Minister, der acht Jahre in der polizeilichen Praxis stünde, der sich auf die Beamten seines Ressorts verlassen könne, würde den Erfordernissen der heutigen schwierigen Zeit viel besser gerecht werden können, als ein neuer Mann, der sich erst in die Verhältnisse Papen und Bracht einarbeiten müsse. Nur dieses Motiv sei für ihn massgebend und nicht irgendwelche persönlichen Prestige-gründe.

Minister Hirtsiefer schloss sich diesen Erklärungen voll an. Die ganze Art des Vorgehens sei so ungewöhnlich, dass sie in der Geschichte ohne Beispiel dastände. Ohne der preussischen Staatsregierung eine Mitteilung davon zu machen, dass bei der Reichsregierung die Ansicht bestünde, dass die Voraussetzungen des Artikel 48 Abs. 1 und 2 vorlägen, sei über den Kopf der preussischen Staatsregierung verhandelt worden, ja, es seien sogar andere Beteiligte und Unbeteiligte früher in Kenntnis gesetzt als die preussische Staatsre-

gierung. Das sei so ungewöhnlich, dass er nicht verstehen könne, wie die Reichsregierung, besonders auch der Herr Reichsminister des Innern von Gayl, der acht Jahre im Reichsrat die Interessen und Rechte der Länder vertreten habe, zu einem solchen Vorgehen seine Zustimmung geben könne. Er, Hirtsiefer, protestiere energisch gegen dieses unerhörte Vorgehen und behalte sich weitere Mitteilungen vor, so wie die Staatsregierung Gelegenheit gehabt habe, zu diesem Vorgehen Stellung zu nehmen.

Der Reichskanzler betonte noch, dass ihm daran läge, die Frage der Geschäftsübernahme auf gutlichem Wege zu regeln. Zu dieser Art der Erledigung dränge ihn besonders die persönliche Hochachtung, die er vor dem preussischen Minister des Innern Severing empfinde. Es seien aber Gründe der Staatsraison, die ihn zu seinem Vorgehen zwingen. Minister Severing wies sofort darauf hin, dass also nicht Gründe der Verfassung oder der Gesetze, sondern allein die Staatsraison, wie Herr von Papen sie auffasse, dieses gesetzwidrige Vorgehen der Reichsregierung veranlassen.

SPD. Frankfurt/M., 20. Juli (Eig. Dr.)

Die "Frankfurter Zeitung" nimmt in scharfen Worten Stellung gegen die Reichsexekutive gegen Preussen. Sie schreibt:

"Die Begründung für die Einsetzung des Reichskommissars für Preussen ist offensichtlich und in empörendem Masse unstichhaltig. Sie will glauben machen, dass es in Preussen an Planmässigkeit gegen die Kommunisten fehle und dass hohe preussische Dienststellen nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die für ihre Tätigkeit notwendig sei. Beides ist so unwahr wie möglich. Diese Begründung ist nichts als ein Vorwand. Am Montag noch haben die Organe der Reichsregierung die Öffentlichkeit wissen lassen, dass vorläufig nicht die Einsetzung eines Reichskommissars in Preussen geplant sei. Nichts hat sich inzwischen ereignet, was diese Einsetzung begründen könnte. Ereignet hat sich die Forderung der Nationalsozialisten, dass die Strasse frei gemacht werden müsse für ihre braune Armee und verschlossen werden müsse für ihre Gegner. Ereignet hat sich die Forderung Hugenburgs an das Reich: "Dem marxistischen Spuk in Preussen sofort ein Ende zu machen." Diese Exekutive gegen Preussen scheint auf parteipolitischen Druck von aussen hin erfolgt zu sein. Dieser Ursprung ihres Handelns ergibt für die Reichsregierung keine moralische Autorität. Formell kann aus dem Artikel 48 der Verfassung freilich jede Machtanwendung hergeleitet werden, aber auf die Richtigkeit von Begründungen, auf sachlich politisches Urteil und auf das moralische Recht kommt es im Augenblick leider wenig an. Die Reichsregierung hat das formale Recht und die Macht auf ihrer Seite. Der Schritt, den sie getan hat, trägt trotz des formalen Rechts politisch-revolutionären Charakter. Mit dieser Exekutive gegen Preussen haben die Herren Papen und Schleicher eine Verantwortung vor dem deutschen Volk übernommen, von der wir bezweifeln, ob sie sie lange werden tragen können."

* SPD. Der preussische Ministerpräsident hat an Herrn von Papen folgenden Brief gerichtet:

"Mit Schreiben vom 20. Juli 1932 teilen Sie mir mit, dass der Herr Reichspräsident Sie zum Reichskommissar für das Land Preussen bestellt habe und dass Sie als solcher mich meines Amtes als preussischer Ministerpräsident enthöben. Gleichzeitig soll das Amtsgebäude des Staatsministeriums militärisch besetzt worden sein, um mir im Falle eines Abbruchs meines Urlaubes die Wahrnehmung meiner Amtsgeschäfte unmöglich zu machen.

Nach meiner Auffassung entbehren diese Massnahmen jeder rechtlichen

Grundlage. Ich bitte daher ergebenst, mir mitteilen zu wollen, welche Gründe Sie, Herr Reichskanzler, zu diesem Vorgehen veranlasst haben und auf welche Bestimmungen der Verfassung und des Gesetzes Sie sich dabei stützen."

SPD. München, 20. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Aktion der Schleicher-Regierung gegen Preussen hat in bayerischen Regierungskreisen ausserordentliche Erregung und Bestürzung ausgelöst. Sofort nach Bekanntwerden der ersten Vorgänge trat ein Ministerrat zusammen, der sich in einer kurzen Besprechung auf den Standpunkt stellte, dass die Vergewaltigung der preussischen Regierung den klaren Tatbestand eines Rechts- und Verfassungsbruches darstellt, der unmöglich mit dem Artikel 48 der Verfassung sal-
tioniert werden kann. Das Ergebnis des Ministerrats war der Beschluss, telegrafisch beim Reichspräsidenten und Reichskanzler eine Rechtsverwahrung gegen die Einsetzung des Reichskommissars in Preussen einzulegen und ausserdem Klage beim Staatsgerichtshof in Leipzig zu erheben. Mit diesen vorläufigen Schritten will die bayerische Regierung bekunden, dass sie das Vorgehen der Reichsregierung verfassungsrechtlich für unzulässig ansieht. Die Klage beim Staatsgerichtshof bedeutet eine Solidaritätserklärung Bayerns mit allen jenen Ländern, die unter allen Umständen an den Rechtsgrundlagen festhalten wollen, auf denen die deutsche Republik beruht.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zur Vergewaltigung Preussens: "Will man schon gegen eine Landesregierung; aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vorgehen, dann darf man ihr vorher nicht die Handhaben zur Ausübung ihres Hoheitsrechtes aus der Hand schlagen. Durch die Massnahmen, die die Reichsregierung vorher getroffen hatte, hat sie sich selbst der Rechtsargumente beraubt, die allenfalls für einen Angriff des Reiches hätten angeführt werden können. Es bedarf keiner Begründung, warum der ausserordentlich gewagte Schritt der Reichsregierung; gegen Preussen in Bayern die grösste Unruhe und Bestürzung hervorgerufen hat. Ein so schwerer Angriff auf das Recht der Länder trifft alle Länder. Hier handelt es sich nicht nur um gefährdete Grundsätze, sondern um einen schweren Einbruch in die Rechtslehre. Wo aber sollen wir hinkommen, wenn die Reichsregierung; ihre Politik auf eine Ebene verlegt, die der einwandfreien rechtlichen Untermauerung entbehrt. Dabei ist alles möglich. Was heute mit Preussen geschieht, kann morgen unter einem anderen Vorwand mit Bayern geschehen."

SPD. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften wenden sich mit folgendem Aufruf an die deutsche Arbeitnehmerschaft:

"Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in grosse Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preussen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, dass diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Strasse noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, dass am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und

Beamten, ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben."

SPD. Köln, 20. Juli (Eig. Drahtb.)

Die volksparteiliche "Kölnische Zeitung" schreibt zu dem Vorgehen der Reichsregierung gegen Preussen unter dem Titel "Und die Einheit des Reiches?": "Die Reichsregierung, von der man nicht weiss, was ihre tieferen Absichten sind, von der man nicht weiss, ob sie aus eigenem Entschluss handelt oder sich den Einflüssen übermächtig gewordener Gewalten fügt - diese Regierung trägt eine furchtbare Verantwortung. In Berlin herrscht Ausnahmezustand und der Militär-Befehlshaber hat das Wort. Aber hat die Reichsregierung an die bedauerliche und entehrende Bestimmung des Friedensvertrages gedacht, nach der die Macht der Reichswehr an der 50-Kilometerzone ihre Grenze findet? Wir sprechen diese Tatsache aus, weil über sie nicht hinweggesehen werden darf, weil schon einmal im Jahre 1920 die Entmilitarisierungsfrage eine grosse Rolle gespielt hat. Kann ein reibungsloser Ablauf der bevorstehenden Reichstagswahlen gewährleistet werden? Und was werden die süddeutschen Länder tun, aus denen das Gerücht kommt, die Reichsregierung beabsichtige, einen Sonderkommissar für den Süden zu bestellen? Mag das wahr sein oder nicht: solche Gerüchte, solche Fragen werden leidenschaftlich erörtert und können die Erregung auf einen Höhepunkt hinauftreiben. Uebrig bleibt: zu wünschen und zu hoffen, dass dieser deutsche Streit eine Lösung findet, die das Reich nicht gefährdet, denn um die Einheit des Reiches geht es schliesslich und sie muss gerettet werden. Diese Erkenntnis dürfte der einzige Haltepunkt in dem Strudel des Geschehens sein."

SPD. Im Zusammenhang mit der Aktion der Schleicher-Regierung gegen Preussen wurden am Mittwoch der Berliner Polizeipräsident Grzesinski, sein Stellvertreter Dr. Weiss und der Kommandeur der Schutzpolizei Heimannsberg verhaftet.

Etwa um 5 Uhr erschienen ein Reichswehrhauptmann Haufe, ein Leutnant, ein Offizierstellvertreter und 12 Reichswehrsoldaten. Alle mit dem Stahlhelm ausgerüstet und Handgranaten am Koppel. Haufe fragte den Polizeipräsidenten, ob er freiwillig seinen Platz verlassen werde. Grzesinski lehnte das ab und zwar unter Hinweis auf die Unrechtmässigkeit und Verfassungsverletzung dieses Ansinnens. Der Hauptmann bat deshalb diese mündliche Weigerung schriftlich auszustellen. Das geschah. Der Weigerung des Polizeipräsidenten Grzesinski schlossen sich Polizeivizepräsident Dr. Weiss und Kommandeur Heimannsberg an. Der Hauptmann erklärte die drei Herren daraufhin für verhaftet. Er eröffnete ihnen, dass sie in die Offiziers-Arrestanstalt nach Moabit eingeliefert würden. Es wurden dann die von der Reichswehr mitgebrachten Wagen bestiegen. Vorher verabschiedeten sich Grzesinski und Weiss von ihren Frauen. Die Beamtenschaft verfolgte von den Fenstern aus die Vorgänge. Als die drei Herren abfahren, ertönten stürmische Freiheitsrufe.

Abends wurden Grzesinski, Weiss und Heimannsberg wieder aus der Haft entlassen.

SPD. Darmstadt, 20. Juli (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische Landtagspräsident Werner hat den hessischen Landtag am Mittwoch plötzlich zum 28. Juli, also noch vor der Reichstagswahl, einberufen. Als Vorwand wird eine Reihe von Anträgen über Unwetterschäden benutzt. In Wahrheit geht es den Nazis um einen von ihnen eingebrachten Antrag, der die hessische Verfassung dahin abändern will, dass ein Staatsminister genügen soll. Da dieser Antrag einer Zweidrittelmehrheit bedürfte und, wie die Nazis wissen, abgelehnt werden wird, ist er offenbar nur darauf angelegt, auch in Hessen eine Situation zu schaffen, die als Vorwand zur Einsetzung eines Reichskommissars dienen könnte.

SPD. Paris, 20. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Streich der Schleicher-Regierung gegen Preussen und die Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin und die Mark Brandenburg haben in Paris wie eine Bombe eingeschlagen.

Die "Liberté" veröffentlicht die darauf bezüglichen Berliner Meldungen auf der ersten Seite mit der über mehrere Spalten gehenden Ueberschrift: "Ein neuer Staatsstreich des Marschalls von Hindenburg". In dem Leitartikel derselben Zeitung heisst es dazu: "Die legale preussische Regierung ist durch die Ernennung des Reichskommissars ihres Amtes entsetzt. Das ist ein ernstes Ereignis, denn damit schlägt von Papen die letzte republikanische Zitadelle nieder, die einen Versuch zur Wiederherstellung der Monarchie hätte zum Scheitern bringen können. Der Vorwand, den Präsident von Hindenburg für diesen wahren Gewaltstreich genommen hat, besteht in den blutigen Unruhen, die sich in den letzten Tagen in mehreren deutschen Städten abgespielt haben. Aber das wenigste, was man von diesen Unruhen sagen kann, ist, dass sie von dem Reichskabinet begünstigt, wenn nicht organisiert worden sind. Wenn man einen Staatsstreich machen will, ruft man Schlägereien hervor und stellt sich nachher als Verteidiger der gestörten Ordnung hin. Wieder einmal sind es die Unruhestifter, die als die Verteidiger der Ordnung und der Gesetzlichkeit betrachtet werden, wieder einmal sind es die Lämmer, die Unrecht haben."

Im "Temps" heisst es: "Die Aktion der Reichsregierung muss zehn Tage vor den Wahlen überraschen, zumal man in Regierungskreisen wiederholt erklärt hatte, dass man keine Massnahmen hinsichtlich der preussischen Regierung vor den Wahlen treffen würde. Der inzwischen gefasste Beschluss kann nur durch den Druck Hitlers und Hugenbergs erklärt werden. Er beweist die völlige Abhängigkeit der Regierung von den beiden nationalistischen Führern."

Das "Journal des Débats" urteilt: "Die Reichsregierung hat soeben die äussersten Rechtsparteien eine Konzession gemacht, die noch andere nach sich ziehen kann. Da keine neue Tatsache diese so plötzliche Meinungsänderung von seiten der Regierung Papen rechtfertigt, drängt sich von selbst eine Schlussfolgerung auf: die Reichsregierung hat sich unfähig gefühlt, noch länger den Forderungen und Drohungen der Rechten und äussersten Rechten Widerstand zu leisten. Ohne so weit zu gehen, den Belagerungszustand zu verkünden, den die Nazis verlangt hatten, ergreift die Regierung eine erste diktatorische Massnahme, die nicht von einer grossen Handlungsfreiheit gegenüber denen zeugt, die von der öffentlichen Meinung als die Urheber der letzten Unruhen angesehen werden."

SPD. Prag, 20. Juli (Eig.Drahtb.)

Der sozialistische "Pravo Lidu" schreibt zu den jüngsten Ereignissen in Preussen: "Der Bürgerkrieg erlangte das kritische Stadium, seitdem die Regierung v. Papen gesetzlich erlaubte, dass die Hitler-Armee in den Strassen erscheinen kann. Massenmorde, Kriegsgeheul der Hitlerpresse kündigt das neue Deutschland an. Alles, was nur im entferntesten an die Zeit von 1918 erinnert, soll vernichtet werden, mit Feuer und Schwert ausgetilgt. Zu allererst die Arbeiterbewegung, die Trägerin des demokratischen Gedankens. Deutschland erwacht im Mord und im Blutbad. Die Drohung mit dem Blut bis über die Knöchel erfüllt sich in grausigen Formen. In diesem Augenblick ist es die Pflicht aller, die es mit dem Kampf gegen den Faschismus ehrlich meinen, sich alle Konsequenzen vor die Augen zu führen und eine gemeinsame Front, in Aufrichtigkeit und Solidarität aufgebaut, zustande zu bringen. Denn Hitler ist ein Mann des Hasses und die Gefahr des Faschismus bedroht in Deutschland alle demokratischen Kräfte, bedroht die Demokratie in ganz Europa. Es ist dies der Kampf zweier ideologisch unversöhnlicher Richtungen. Es geht in Deutschland-Preussen nicht um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Was dem Wilhelm nicht gelang, soll Hitler zustandebringen. Der Schlag gegen Preussen ist Beweis, dass die Regierung den Augenblick für gegeben hält, um den Schlag zu führen gegen alle demokratischen Elemente in Deutschland."

SPD. München, 20. Juli (Eig.Drahtb.)

Der Antrag des schwulen Hitlerfreundes Röhm auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, die die Verbreitung der in der Broschüre veröffentlichten homosexuellen Briefe verbieten sollte, wurde nun auch vom Oberlandesgericht München zurückgewiesen. Die Kosten des Verfahrens wurden dem bolivianischen Negerjungenliebhaber aufgebürdet. Damit ist die erste gleichlautende Entscheidung des Landgerichtes München bestätigt, in der ausdrücklich erklärt ist, wenn jemand solche Briefe schreibe, so handle der, der sie veröffentlicht, nicht sittenwidrig.

Die für den 20. Juli festgesetzte mündliche Verhandlung hatte Röhm's Anwalt Luetgebrune mit dem Hinweis auf seine Unabkömmlichkeit bis nach der Reichstagswahl zu verschleppen versucht. Das Gericht hatte sich aber nicht darauf eingelassen, sondern bestand auf der Einhaltung des Termins. Aber wer nicht erschien, waren Röhm und Luetgebrune. An ihrer Stelle kam ein unbekannter Rechtsanwalt mit einem Verschleppungsantrag. Die Verhandlung sollte so lange ausgesetzt werden, bis die Erhebungen in einer Strafanzeige gegen den Preussischen Innenminister Severing abgeschlossen seien. In dieser Anzeige wird Severing und verschiedenen Beamten des Preussischen Innenministeriums ohne den Schatten eines Beweises vorgeworfen, dass sie von dem Inhalt strafprozessualer Akten photographische Aufnahmen gemacht und sie zu politischen Zwecken missbraucht hätten. Es handelt sich um die Original-Liebesbriefe Röhm's. Auch dieser Trick machte auf das Gericht keinen Eindruck, der Aussetzungs- und Vertagungsantrag wurde abgewiesen. Zur allgemeinen Ueberraschung erklärte nun der Röhm-Anwalt, er habe Auftrag, bei dieser Sachlage im Prozess nicht mehr aufzutreten und infolgedessen keine Anträge zu stellen. Die Folge war, dass das Oberlandesgericht in Form eines Versäumnisurteils den Urantrag Röhm's auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zum Schutze seiner Ehre zurückwies.

Mit seinem Verschleppungsmanöver bezweckte Röhm offensichtlich, unter allen Umständen einer gerichtlichen Feststellung der Echtheit seiner Schweinebriefe vor der Reichstagswahl auszuweichen.

SPD. Die Rechtspresse aller Schattierungen jubelt über den Belagerungsstand und noch mehr über den Fall der preussischen Bastion. "Reichsregierung und Reichspräsident verdienen für die mutige Entscheidung Anerkennung und Dank!"

so sagt die von der Schwerindustrie ausgehaltene "Deutsche Allgemeine Zeitung". Aus dieser Aeusserung ist zugleich zu ermesen, wie die Hugenberg- und Hitlerpresse frohlocken über ihren Sieg, nach dem ihnen so lange gelüftet hat und die seit Tagen kaum erwarten konnten. "Schicksalswende" schreibt die "Deutsche Zeitung". Diese Pressestimmen werden Volk und insbesondere den Arbeitnehmer belehren, wem zuliebe und wem zuleide die Schleicher- Gayl die Reichsexekutive gegen Preussen durchgeführt haben.

Mutig und offen erklärt das "Berliner Tageblatt" unter der Ueberschrift "Der Weg der Gewalt": "Es ist in dieser Stunde nicht möglich, die Lawine aufzuhalten, die das Kabinett Papen ins Rollen gebracht hat, es ist nur möglich, immer wieder aufs nachdrücklichste zu warnen vor weiteren Schritten auf dem Wege der Gewalt, es ist notwendig, daran zu erinnern, dass bürgerliche Freiheiten nicht ohne Nachteil für die Gesamtheit und für das moralische Ansehen der Nation niedergebügelt werden dürfen. Bis jetzt ist nur der Schaden sichtbar, den der übereilte Entschluss des Kabinetts Papen angerichtet hat; Vorteile haben vielleicht einzelne Gruppen, vielleicht politische Parteien, die dem bisherigen preussischen Kurs aus innerster Seele abgeneigt waren, das Reich und die Bevölkerung selbst werden die Kosten dafür zu bezahlen haben. Die Reichsregierung hat, offenbar nach sorgfältiger Vorbereitung, ohne die preussische Regierung mit einem Wort zu benachrichtigen, zu dem grossen Schlag gegen das bisherige preussische Regime ausgeholt, den ihre nationalsozialistischen Stützen und ihre deutschnationalen Bundesgenossen seit Wochen verlangt haben. Die Uebereinstimmung zwischen der Begründung und den Argumenten der Reichsregierung und jenen, die von den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen in den letzten Wochen vorgebracht wurden, ja die Angleichung in der Formulierung geht so weit, dass man niemand unrecht tut, wenn man feststellt, dass das Kabinett Papen nur das erfüllt hat, was seine politischen Freunde verlangt haben. Aber es ist ein halbsbrecherisches Spiel, das es damit begonnen hat. Alles, was an sachlichen Begründungen dafür vorgebracht wurde, kann einen objektiven Beobachter nicht überzeugen. Weder ist in der preussischen Verwaltung irgendwelche Intimität mit den Kommunisten vorhanden, noch hat die preussische Polizei in der Erfüllung ihrer Aufgaben versagt, noch ist die Leitung der Polizei ihren Pflichten irgend etwas schuldig geblieben, vorausgesetzt, dass man mit gerechtem Masse misst und nicht für den rechtsradikalen Strassenterror ein Ausnahmerecht statuieren will. Das Kabinett Papen ist um die Verantwortung, die es mit seinen neuen Entschlüssen auf sich geladen hat, wahrhaftig nicht zu beneiden. Es setzt den letzten Rest von bürgerlichen Freiheiten, der uns noch geblieben ist, aufs Spiel, es setzt das Zusammenwirken mit den Ländern der stärksten Belastungsprobe aus, die denkbar ist".

"Einen Schritt von unabsehbarer Tragweite" nennt die "Vossische Zeitung" die Reichsexecution, die auch nach der Ansicht dieses Blattes keine rechtliche und verfassungsmässige Begründung findet. Es wird dann scharf getadelt, dass die Regierung ihre Aktion im Stillen und ohne Wissen Preussens vorbereitete, um dann plötzlich und brüsk und ohne Rücksicht auf die ungeheure Erregung der Massen die Oeffentlichkeit vor vollendete Tatsachen zu stellen. Das Blatt beschäftigt sich dann mit der Begründung, die Herr v. Papen seinen Verordnungen gegeben hat und sagt:

"Danach wird behauptet, abweichend von anderen Ländern, wo die Polizei straff geleitet werde, habe Preussen es nicht verstanden, den Unruhen entgegenzutreten, es fehle Planmässigkeit und Zielbewusstsein der Führung gegen Kommunisten. In diesem Zusammenhange ist davon die Rede, es bestehe ein begründeter Verdacht, dass hohe preussische Dienststellen nicht mehr die "nötige Unabhängigkeit" besitzen, um gegen die Kommunisten vorzugehen. Dabei meint man, wie wir hören, dass gravierendes Material über die Organisation und die Absichten des kommunistischen Kampfbundes bekannt seien, ohne dass die preussischen Stellen sich zum Einschreiten bereit gefunden hätten. Eine so schwere Anschuldigung gegen Männer, die viele Jahre lang unter den schwierigsten Umständen den Kampf gegen jede Umsturzgefahr, von rechts wie von links, erfolgreich geführt haben, hätte nicht erhoben werden dürfen! Begründeter Verdacht?

Dann her mit der Begründung! Das Deutsche Volk hat ein Recht, sie unverzüglich kennenzulernen. . . Severing hat gehandelt, wie jeder, der diesen Mann kennt, erwarten musste. Er hat sich geweigert, auch nur den Anschein zu erwecken, als sei er ein Deserteur. Soldaten im Preussischen Staatsministerium, ein kommandierender General im Berliner Polizeipräsidium! Die Gewaltanwendung ist unverhüllt!

SPD. Gladbach- Rheydt, 20. Juli (Eig.Draht)

Die Kommunisten haben in fünf grösseren Textilfabriken die Belegschaft zu einem wilden Streik veranlasst. Nach Schätzung der Gewerkschaften sind bisher etwa 3.000 Textilarbeiter den Betrieben ferngeblieben.

SPD. Die preussische Staatsregierung erklärt zu der Rundfunkrede des Herrn v. Papen:

Die Reichsregierung hat die in der Geschichte einzig dastehenden Massnahmen gegen Preussen in der Rundfunkrede des Reichskanzlers mit der Behauptung begründet, dass die Entwicklung der politischen Verhältnisse eine Reihe von massgebenden Persönlichkeiten in Preussen die innere Unabhängigkeit gegenüber den Kommunisten genommen habe. Er hat hierfür zwei Tatsachen als Beweis angeführt, 1.) dass ein nicht genannter höherer preussischer Funktionär den Kommunisten Ratschläge gegeben habe, wie sie ihre Terrorakte verschleiern könnten, 2.) dass ein preussischer Polizeipräsident geäußert habe, man solle die Kreise der Kommunisten nicht stören. Diese angeblichen Tatsachen sind bisher durch nichts bewiesen. Die Reichsregierung hat sie auch bis zur Rundfunkrede des Reichskanzlers der Staatsregierung nicht mitgeteilt und sie nicht um Stellungnahme oder Abhilfe ersucht. Eine solche Mitteilung wäre wohl das mindeste gewesen, wozu die Reichsregierung verpflichtet gewesen wäre, bevor sie auch nur den mindesten Eingriff in die preussische Staatshoheit geschweige denn die nach der Reichsverfassung überhaupt unzulässige Absetzung von Staatsministern verfügte.

Unrichtig ist ferner die Behauptung des Reichskanzlers, dass die preussischen Minister es abgelehnt haben, mit ihm zusammenzuarbeiten. Sie haben es lediglich abgelehnt, der Einladung einer nicht zur preussischen Staatsregierung gehörenden Persönlichkeit zu einer Sitzung der "Preussischen Staatsregierung" Folge zu leisten, weil sie nach der preussischen Verfassung dem Reichskanzler oder Reichskommissar nicht das Recht einräumen können, eine preussische Staatsministerialsitzung anzuberaumen und zu leiten.

SPD. Hamburg, 20. Juli (Eig.Drahtb.)

In einer Wahlkundgebung der NSDAP in Hamburg erzählte Hitler, dass die von der Regierung Papen als Reparationsschuld anerkannten 3 Milliarden niemals realisiert würden, denn mit dem Sieg der nationalsozialistischen Bewegung hätte jede Erfüllung ein Ende. Wenn die Gegner behaupten, er würde bei einem Sieg keine andere Partei als nur die NSDAP dulden, so hätten sie vollständig recht. Im nationalsozialistischen Deutschland gäbe es nur seine Partei.

Anschliessend sprach der Landtagsabgeordnete Kube, der in der ungeheuerlichsten Weise die Arbeiterbewegung eine vollgefressene Klassenkampfpartei nannte, die nichts anderes fertiggebracht habe, als 70 Jahre lang nur Lügen am laufenden Band zu fabrizieren. Im übrigen stellte er sich als der Führer des neuen Preussens vor und wünschte den Hamburger Nationalsozialisten, dass es ihnen ebenfalls bald möglich sein werde, die politischen Verhältnisse in Hamburg auf dem gleichen Wege zu ändern, wie es durch die Regierung Papen in Preussen geschehen sei. Die Regierung Papen und ihre Taten, so führte er weiter aus, seien nur möglich gewesen durch die Nationalsozialisten und durch ihren Wahlsieg am 24. April. Deshalb müsse der NSDAP das Verdienst der Absetzung der Preussen-Regierung zugesprochen werden.

SPD. Der Reichskommissar für Preussen, von Papen, hat am Mittwochabend in einer Rundfunkrede eine Begründung des gegen die rechtmässige preussische Staatsregierung geführten Schlasses zu geben versucht. Diese Rede war keine Begründung, sondern eine Enthüllung. Eine Enthüllung über die Motive und das wahre Wesen des ungeheuerlichen Vorganges.

Von Papen hat behauptet, dass die parlamentarische Basis der preussischen Regierung von der taktischen Haltung der Kommunistischen Partei abhängig sei. Er hat betont, dass ein klarer Trennungsstrich gegen die kommunistischen Staatsfeinde gezogen werden müsse.

Wir haben - sehr im Gegensatz zu dieser Behauptung - bisher ein sehr intensives Zusammenarbeiten der nationalsozialistischen Freunde des Herrn von Papen mit den Kommunisten im preussischen Landtag beobachtet. Wir haben beobachtet, dass Severing von Nationalsozialisten und Kommunisten in trauer Bundesgenossenschaft auf das widerlichste beschimpft und bekämpft worden ist. Wir haben niemals gefunden, dass die nationalsozialistischen Freunde des Herrn von Papen und dass die Rechtsparteien die Bundesgenossenschaft der Kommunisten verschmäht hätten, wenn es gegen sozialdemokratische Minister oder wenn es gegen das Kabinett Brüning gegangen ist. Wir haben nichts von dem klaren Trennungsstrich gegen die staatsfeindlichen Kommunisten gesehen, als Nationalsozialisten und Stahlhelm gemeinsam mit den Kommunisten den Volksentscheid gegen Preussen gemacht haben!

Aber davon abgesehen - eine solche Begründung enthüllt nur die parteipolitische Bindung und die parteipolitische Rolle des Kabinetts von Papen.

Sie tritt noch stärker hervor, wenn von Papen eine Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten als politisch verdammenswert und als Grund für eine Reichsexekution bezeichnet! Wir machen keinen Unterschied zwischen kommunistischen Morden und nationalsozialistischen Morden, keinen Unterschied zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Bürgerkriegsdrohungen, für uns ist ein nationalsozialistischer Provokateur ebenso ein Verbrecher gegen den Staat wie ein kommunistischer Provokateur.

Von Papen hat es gewagt, davon zu sprechen, dass Massnahmen verantwortlicher preussischer Regierungsstellen kommunistische Provokationen begünstigt hätten. Er hat Beschuldigungen dieser Art gegen hohe Funktionäre des preussischen Staats in die Welt geschleudert. Wir haben derartige Beschuldigungen bereits gehört - in jenen rechtsradikalen Hetzblättern, die auf die Herbeiführung des Bürgerkriegs in Deutschland und auf den Sturz der Verfassung bis zu verbrecherischen Mitteln hinarbeiten. Der Reichskanzler von Papen aber wird solche Behauptungen nicht beweislos in die Welt schleudern dürfen. Er wird gezwungen sein, sie vor dem Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches auch zu beweisen. Und dieser Beweis wird ihm nicht gelingen! Von Papen hat ferner zu behaupten gewagt, dass es nur in Preussen zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen sei, weil nur in Preussen die kommunistischen Terrorgruppen arbeiten können. Hat von Papen nichts gehört, von den viehischen Mordtaten, die nationalsozialistische Terrorgruppen in Anhalt begangen haben? Ist er nicht auch amtlich unterrichtet worden von dem infamen Ueberfall, den eine bewaffnete nationalsozialistische Bande auf das Gewerkschaftshaus in Hagenow unter dem Regime der rechtsradikalen Mecklenburger Regierung vorgenommen hat?

Der Baron von Papen hat die Behauptung aufgestellt, dass die weitaus überwiegende Zahl von blutigen Ueberfällen nur auf Angriffe kommunistischer Terrorgruppen zurückzuführen sei. Gegenüber dieser Behauptung stellen wir vor der ganzen Welt die folgenden Fälle fest:

Am 11. Juli Ueberfall einer nationalsozialistischen Bande auf das Gewerkschaftshaus in Hagenow.

Am gleichen 11. Juli organisierter Ueberfall von Nationalsozialisten auf das Gewerkschaftshaus in Eckernförde, in dem eine Kreiskonferenz des Landarbeiterverbandes tagte. 2 Tote - hingeopfert durch die Nationalsozialisten.

Am 15. Juli Ueberfall von 100 bewaffneten SA-Leuten auf das Gewerkschafts-
haus in Halle.

Am 18. Juli Ueberfall der Nationalsozialisten aus Braunschweig und Hanno-
ver auf das Volksheim in Peine.

Am 19. Juli Ueberfall von 100 Nationalsozialisten auf das Haus des Ge-
werkschaftssekretärs Kunz in Buer. Kunz und seine Frau schwerverletzt, die
ganze Wohnung zertrümmert.

Am 19. Juli Ueberfall von 250 Nationalsozialisten auf das Häuschen des so-
zialdemokratischen Ortsvorsitzenden von Gross-Rottmersleben. Der Invalide
Gustav Assel durch 21 Messerstiche schwerverletzt, Frau Assel durch Messer-
stiche schwerverletzt, ein 6 Monate altes Kind verletzt! Das Haus mit schweren
Bruchsteinen völlig demoliert.

Dazu schweigt die Reichsregierung!! Die Nationalsozialisten, die solche
Schandtaten begehen, sind für die Reichsregierung keine Staatsfeinde. Die
Reichsregierung protestiert feierlich dagegen, dass die Nationalsozialisten
mit den Kommunisten gleichzusetzen wären! Von Papen aber trägt im Rundfunk
vor: Die weitaus überwiegende Zahl blutiger Ueberfälle ist nur auf Angriffe
kommunistischer Terrorgruppen zurückzuführen!

Wir sagen: das politische Bündnis der Regierung von Papen mit Hitler ist
durch diese Rundfunkrede besiegelt worden. Diesen Verbündeten sagen wir den
schärfsten Kampf an.

SPD. Genf, 20. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Mittwochsitzung der Generalkommission der Abrüstungskonferenz
wurde endlich die Vertagungsentschliessung vorgelegt, die eine einzige Ent-
täuschung für alle Abrüstungsfreunde darstellt.

Die Entschliessung bezieht sich in ihrer Einleitung auf die Notwendig-
keit der finanziellen Erleichterung für die Staaten unter Vermeidung des
Wettrüstens, begrüsst den Hoover-Vorschlag und schlägt als Leitgedanken
die Beschlüsse vor, eine wirkliche Herabsetzung der Weltrüstungen für Land-,
See- und Luftrüstungen herbeizuführen und in einer bestimmten Zeit die An-
griffsmittel zu schwächen. Der zweite Teil der Resolution enthält als Schluss-
folgerungen der ersten Phase der Konferenz für die Luftrüstungen 1. das abso-
lute Verbot jedes Luftangriffs auf Zivilbevölkerungen, 2. gegenseitiges Verbot
unter allen Vertragsschliessenden für jedes Luftbombardement unter der Bedingun
eines Abkommens über Massnahmen für die Wirksamkeit der Durchführung dieses
Verbots. Diese Massnahmen müssten eine zahlenmässige Begrenzung und eine Ver-
kleinerung der Militärflugzeuge enthalten, eine Reglementierung der Zivil-
luftfahrt und ihre vollständige Veröffentlichung. Zivilflugzeuge, deren Grösse
die festgesetzten Grenzen überschreiten, sollen einer internationalen Verwal-
tung unterworfen werden, die wirksam die unerlaubte Verwendung verhindern
soll; Inbezug auf die Landrüstungen soll für die schwere bewegliche Artillerie
ein Höchstkaliber festgesetzt und die Zahl der Geschütze begrenzt werden. Un-
ter der Voraussetzung, dass eine wirksame Methode errichtet wird, um die
schnelle Umbildung der unbeweglichen in bewegliche Artillerie zu verhindern,
sollen die verschiedenen Höchstkaliber festgesetzt werden a) ein Höchstkaliber
für die Küstenartillerie, das nicht geringer sein dürfe als das der Schiffs-
artillerie, b) ein Höchstkaliber für Festungsgeschütze, c) eines für die be-
wegliche Landartillerie. Für die Tanks wird ebenfalls nur gesagt, dass ihr
Höchstgewicht begrenzt werden soll. Die chemische, bakteriologische und brand-
stiftende Kriegsführung wird verboten. Endlich soll eine ständige Abrüstungs-
kommission mit noch näher festzusetzenden Vollmachten als Dauereinrichtun-
geschaffen werden.

Der dritte Teil der Entschliessung beauftragt das Büro zur Fortsetzung
der Arbeiten während der Vertagung. Als Ziel dieser Arbeit für die zweite

Phase der Konferenz werden aufgestellt: eine strikte Begrenzung und wirksame Herabsetzung der Truppenstärken, eine Begrenzung und Veröffentlichungszwang für die nationalen Rüstungsausgaben. Das Büro soll ein Spezialkomitee einsetzen zur Aufstellung von Vorschlägen für die Reglementierung des Handels und der privaten Fabrikation von Kriegsmaterial. Die Seemächte des Londoner Flottenvertrags werden aufgefordert, der Generalkommission bei ihrem Zusammentritt neue gemeinsame Vorschläge zur weiteren Herabsetzung der Seerüstungen zu machen. Alle übrigen Seemächte sollen ihrerseits ebenfalls solche Vorschläge einreichen. Gegen Verletzungen der Verbote sollen Regeln internationalen Rechts aufgestellt werden.

Die Aussprache über diese Entschliessung beginnt am Donnerstag-Nachmittag

SPD. In einem Teil der Presse wird behauptet, der Berliner Polizeipräsident Grzesinski habe dem Reichskommissar für Preussen bzw. seinem Bevollmächtigten sein Amt freiwillig übergeben. Die vorübergehende Verhaftung Grzesinskis straft diese Meldung Lügen. Abgesehen davon hat Grzesinski an den gewaltsam eingesetzten Herrn Bracht vor seiner Verhaftung folgenden Brief gerichtet:

"In einem undatierten Schreiben, das keinerlei Aktenzeichen und die Firma "Der preussische Minister des Innern" trägt, und von Ihnen als "mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt" unterzeichnet ist, wird mir mitgeteilt, dass Sie mich bis auf weiteres beurlauben und mir die Ausübung meiner Amtsgeschäfte untersagen. Ferner erklären Sie, dass Sie mit meiner Vertretung den Polizeipräsidenten von Essen, Herrn Dr. Melcher, beauftragt hätten. Nach eingehender Nachprüfung der Rechtslage kann ich Sie nicht als befugt erachten, mich zu beurlauben und mir die Ausübung meiner Amtsgeschäfte zu untersagen. Ich verbleibe daher auf dem mir vom preussischen Staatsministerium seinerzeit rechtsgültig verliehenen Platz, da ich mich andernfalls einer Amtspflichtverletzung schuldig machen würde."

SPD. Am Mittwoch-Abend um 8 Uhr erschien der Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preussen, der bisherige Essener Oberbürgermeister Bracht in Begleitung des ~~Gewaltsam eingesetzten~~ Berliner Polizeipräsidenten und eines Offiziers im Preussischen Ministerium des Innern. Sie forderten Severing auf, sein Amtszimmer zu verlassen. Severing weigerte sich. Ihm wurde daraufhin erklärt, dass dann Gewalt angewandt werden würde. Severing erwiderte, dass er nach aussen kein Signal zum Blutvergiessen geben wolle: Im Interesse Deutschlands und Preussens, er weiche der Gewalt! Severing begab sich dann in seine Dienstwohnung.

Nachmittags um 4 Uhr hatte Bracht in einer persönlichen Unterredung mit Severing bereits versucht, diesen zur Amtsübergabe an ihn zu bewegen. Severing lehnte ab. Aus diesem Grunde erschien abends das Aufgebot zu seiner gewaltsamen Entfernung.

+ + +
Der Vorsitzende des Kabinetts der Nazi-Barone hat den preussischen Ministern Hirtsiefer, Steiger, Schmid, Schreiber und Grimme am Mittwoch-Abend ebenfalls schriftlich mitgeteilt, dass sie ihres Amtes enthoben sind. Die betreffenden Minister waren der Einladung des Herrn von Papen zu einer Kabinettsitzung nicht gefolgt. Deshalb ihre Amtsenthebung, die selbstverständlich auch "im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" verfügt wurde.

+ + +

An die Stelle des gewaltsam seines Amtes enthobenen Berliner Polizeipräsidenten Gyzesinski wurde der Essener Polizeipräsident Melchior gesetzt. Das Amt des Polizeikommandeurs wurde dem Leiter der Polizeischule in Eiche übertragen. Beide Herren haben die ihnen angetragenen Ämter gern und freudig angenommen. Erst "dienten" sie Severing, jetzt dienen sie den Hitler-Baronen.

SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat den Partei-Ausschuss telegraphisch zu Donnerstag-Mittag 12 Uhr nach Berlin berufen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

„Aus aller Welt“

Die Vorläufer der SA.

Wahlterror im kaiserlichen Deutschland - Der "Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie" - Dreckkübel sind historisch.

SPD. Nachdem die Machthaber des alten Deutschland dem Volke endlich eine Verfassung gegeben hatten, versuchten sie auf alle erdenklichen Arten ihre Untertanen von der Ausübung ihrer verfassungsmässigen Rechte abzuhalten. Wahlterror, Polizeischikanen und Wahlbeeinflussung kündigten die Reichstagswahlen im kaiserlichen Deutschland an. Und obgleich die Wahlen zum Reichstag geheim waren - im Gegensatz zu Preussen, das 70 Jahre lang den Ruhm für sich in Anspruch nahm, die volksfeindlichste Verfassung der ganzen Welt zu besitzen - benutzte man jedes Mittel, um den Aufstieg der sozialdemokratischen Bewegung mit Gewalt zu verhindern. Was Unsauberkeit, Infamie und Verleumdung anbelangt, so standen die Reaktionäre auf derselben niedrigen Stufe wie heute; dieselben stinkenden Schmutzkübel wurden ausgegossen. Um einen Verleumdungsfeldzug grössten Stils durchführen zu können, gründete ein General von Liebert einen "Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie", eine Art Herrenklub, dem Junker, Industrielle und Generäle angehörten und der mit Hilfe von geschnorrten Geldern die niedrigsten und dümmsten Wahllügen über die Sozialdemokratie in Millionen von Flugblättern und Broschüren verbreitete.

An geheimer Verhetzung gab die Sprache jener Flugblätter denen der Nazis um nichts nach. Die Sozialisten wurden von ihren Gegnern, die sich damals wie heute als die wahren Hüter des Vaterlandes und der nationalen Güter aufwarfen, "unfähige, faule Elemente" genannt, "bestochene Hallunken" und "Leute, die mit der ehrlichen Arbeit auf gespanntem Fusse stünden". Ihr höchstes Ziel sei die Pflege des Bauches, ihre Taktik diejenige von Wegelagern und Strolchen. Um die Jahrhundertwende nannte eine nationale Zeitung einen toten Abgeordneten "einen Strolch noch im Sterben". Eine Sprache, deren Rohheit die Nazi-Presse heute mit Erfolg nachzuahmen bemüht ist. Wie heute warf man der Sozialdemokratie vor, dass sie das Volk zersetze, den Meineid begünstige, den Mittelstand vernichte. Die Regierung der Junker bot in einzelnen Fällen Infanterie, Kavallerie und Kanonen auf, um die "Volksfeinde" zur Strecke zu bringen, einzelne Regimentskommandeure, deren politischer Horizont durch die Helmspitze des Postens vor dem Kasernentore begrenzt war, heurlaubten mit Freuden ihre Mannschaften, damit sie den Arbeitern als Streickbrecher in den Rücken fallen konnten.

Ganz besonders aber suchte man die Führer zu verleumden, um ihnen das Vertrauen der Massen zu entziehen. Man bezichtigte Bebel und Singer an Sektorgien teilgenommen zu haben; Bebel, so hiess es, wohne in einer luxuriösen Villa. Insbesondere verbreitete jener Reichsverband Jahr für Jahr die sogenannte "Zehnmillionenlüge", eine Broschüre, in der die Hetze nachzuweisen versucht wurde, dass die 10 Millionen, die die Sozialdemokratie angeblich in Form von Beiträgen von dem arbeitenden Volk erpresste, verprasst und von den Führern in die Tasche gesteckt würde. Was die Schmutzigkeit und Rohheit ihrer Argumente anbelangt, so konnten sich die Reaktionäre der wilhelminischen Epoche, genau so wie heute ihre nationalsozialistischen "achläufer, auf Bismarck berufen, der sich nicht scheute, die Gräber der Märzgefallenen, "die Gräber von Verbrechern" zu nennen und ihre Inschriften "einen einzigen Hohn auf Gott und die Menschen".

Aber auch in der Anwendung der Gewalt, in der Diktatur des Polizeisäbels, hatte er ihnen das Vorbild gegeben. Unter dem Sozialistengesetz war es für die Sozialdemokratie fast unmöglich, Wahlpropaganda zu treiben. Die Versammlungen der Vertrauensleute mussten nächtlich in Gehölzen abgehalten werden; die Zeitungen wurden verboten; die Funktionäre verhaftet oder ausgewiesen. Die Behörden setzten ein ganzes Heer von Spitzeln und Provokateuren in Bewegung, um die Arbeiter zu überwachen und durch fortwährende Schikanen zu zermürben. Während die uniformierte Polizei den Wahlkampf mit Schlägen, Säbelhieben und Pistolenschüssen ausfocht, überfielen Geheimpolizisten die Druckereien und Parteibüros und beschlagnahmten Flugblätter und Wahlaufrufe. Kundgebungen und Versammlungen konnten nur in den Vorstädten abgehalten werden, wo die Redner in kleinen Sälen sprachen, die nur einen Teil der Massen aufzunehmen imstande waren. Die Polizei legte dazu den grössten Eifer an den Tag, solche Versammlungen aufzuspüren und sie im letzten Augenblick zu verbieten, so dass die anrückenden Arbeiter das Versammlungslokal durch doppelte Schutzmannsketten abgesperrt fanden. Gegen die Wirte, die ihre Räume der Arbeiterschaft zur Verfügung stellten, ging man mit der grössten Brutalität vor. Sie wurden gemassregelt, indem man ihnen Schank- und Tanzkonzessionen entzog, Militärpersonen den Besuch verbot und die Polizeistunde herabsetzte. Findige Landräte und Amtsvorsteher erblickten in der Hergabe von Sälen für sozialdemokratische Versammlungen "Auflehnungen gegen die Staatsgewalt" und beantworteten sie mit Terrorakten, die zahlreiche Existenzen zugrunde richteten.

Auch nach Aufhebung des Sozialistengesetzes versuchte man den Arbeitern die Ausübung des Wahlrechts zu erschweren. 1895 verbot die Polizei die Berliner Wahlvereine, verhaftete die Funktionäre und versuchte von ihnen mit Gewalt, durch tagelangen Dunkelarrest, Geständnisse über verbotene Organisationen zu erpressen. Furchtbar wütete der Terror auf dem flachen Lande, in den Dörfern und Landstädten. Gutsbesitzer zogen auf ihren Gütern lichtscheues Gesindel zusammen und hetzten die Bauern auf. Diese mit Knütteln, Messern und Revolvern bewaffneten Horden, die Vorläufer der SA, überfielen die Agitationskolonnen der Arbeiter wie Räuberbanden aus dem Hinterhalt, sie drangen in die Wahllokale ein, vernichteten die Stimmzettel und verprügelten die sozialdemokratischen Wähler. Wie heute in den nationalsozialistisch regierten Staaten duldeten die Behörden nicht nur diese Terrorakte, sie begünstigten sie sogar. So empfahl im Jahre 1890 eine Bekanntmachung des Teltower Landratsamtes den "ordnungsliebenden" Bürgern die sozialdemokratischen Flugzettelverteiler bei der Wahl zu hindern und sie bei ihrem Erscheinen "mit kräftiger Faust zu behandeln". Von dem Druck, der indirekt auf sozialistisch gesinnte Beamte und Gewerbetreibende ausgeübt wurde, von den vielen ungesetzlichen Wahlbeeinflussungen ganz zu schweigen.

1890 bis 1932 - mit denselben Mitteln versuchen die dunklen Mächte der Reaktion die vorwärtsschreitende Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Umsonst! Die Geschichte jener Jahre beweist nur zu gut, dass sich der Wille einer Klasse nicht vergewaltigen lässt.

A.P.

+ + +

Die neuen Herren! Am Mittwoch-Nachmittag gegen 4 Uhr kam es vor dem "Vorwärts" Haus in Berlin zu einem bezeichnenden Zwischenfall. Mehrere junge Burschen besaßen die Unverschämtheit, die vor dem "Vorwärts" Haus versammelten Arbeiter mit den Worten anzupöbeln: "Das hier sind die Lumpen, die uns 13 Jahre lang betrogen haben". Als zwei Schupos, die Lümmel zur Ordnung verwiesen, stürzten sich die Nazis auf die Polizisten, rissen sie zu Boden und misshandelten sie. Das sofort alarmierte Ueberfallkommando konnte die Täter fassen.

+ + +

Liebermann 85 Jahre! Der Maler Professor Max Liebermann feierte am Mittwoch seinen 85. Geburtstag. In seinem Sommerhaus am Wannsee bei Berlin empfing er zähllose Gratulanten, unter ihnen eine Vertretung des preussischen Kultusministeriums und eine Abordnung der Akademie der Künste.

+ + +
Flugzeug-Katastrophe. Im südamerikanischen Las Condas-Tal (Cordilleren) geriet das Flugzeug "San José" der panamerikanischen Luftverkehrsgesellschaft in einen Schneesturm, stiess gegen einen Berg und wurde zertrümmert. Alle zehn Insassen kamen ums Leben. Die Maschine verkehrte auf der Strecke Santiago de Chile - Buenos Aires.

+ + +
Der Luther-Attentäter. In dem Prozess gegen die Luther-Attentäter Dr. Roosen und Kertscher vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte wurde am Mittwoch mehrere Stunden verhandelt; am Nachmittag erfolgte Vertagung auf Freitag. Die Verteidigung stellte einen umfangreichen Beweisantrag dafür, dass "nicht nur nach Ansicht der Angeklagten, sondern auch nach der Meinung einer Reihe führender Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens die Geldpolitik Dr. Luthers und der Reichsbank den entscheidenden Grund für die deutsche Wirtschaftsnot darstelle". Die Verteidiger führten weiter aus, dass ihre Mandanten in einen "übergesetzlichen Notstand" versetzt worden seien, weil trotz eingehender Darlegung ihrer Pläne von Reichsregierung und Reichsbank keinerlei Rückusserung erfolgt sei. Die Verteidiger meinten, dass Dr. Roosen und Kertscher nicht zu dem angewandten Mittel gegriffen hätten, wenn man mit ihnen über ihre Vorschläge diskutiert hätte. Als Sachverständiger über die vielfach kritische Einstellung gegenüber Dr. Luther wurde von der Verteidigung der Direktor der Commerz- und Privatbank, Reinhart, genannt.

Das Gericht lehnte nach stundenlanger Beratung den Beweisantrag ab, un-terstellte jedoch als wahr, dass die Angeklagten und namhafte Finanzsachverständige die Geld- und Währungspolitik der Reichsbank als verhängnisvoll und mitverantwortlich für die deutsche Wirtschaftskrise betrachten. Das Gericht bekannte sich weiterhin zu der Ueberzeugung, dass die Ideen der Angeklagten nicht als Ausfluss haltloser Phantasien zu gelten hätten, sondern als Ergebnis ernster wissenschaftlicher Forschung und Ueberlegung.

Nachdem noch ein ausführliches, älteres Memorandum Dr. Roosens zur Verleugung gekommen war, in dem sich der Angeklagte mit seinen moralischen Bedenken gegen die Tat auseinandersetzt, ergriff Dr. Roosen selbst noch zu stundenlangen Ausführungen das Wort. Insbesondere sprach er über die Motive seiner Handlungsweise und verwarfte sich lebhaft dagegen, etwa als Psychopath betrachtet und beurteilt zu werden. Häufig wandte der Angeklagte sich dabei, nicht ganz ohne Effekthascherei, zum Publikum. Im Zuhörerraum wurde wiederholt Beifall geklatscht...

+ + +
Neue Ossietzky-Anklage. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht III-Berlin hat gegen den Weltbühnen-Schriftleiter Carl von Ossietzky und den Schriftsteller Fritz Tetens wegen übler Nachrede gegen Beamte des Reichsfinanzministeriums Anklage erhoben. Die Anklage bezieht sich auf zwei in der "Weltbühne" erschienene Artikel, die sich mit der Zigarettenfirma Reemtsma befassten.

+ + +
"Gutes"... Im Berliner Devaheim-Prozess haben jetzt die Verteidiger das Wort. Von dem Angeklagten Wilhelm Jeppel meinte ein Rechtsanwalt: "Er ist von dem besten Willen beseelt gewesen, Gutes zu schaffen."

Gewerkschaftliche Rundschau

Angriff auf den Kündigungsschutz.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat den Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats ersucht, ein Gutachten über die Auswirkung des Kündigungsschutzgesetzes während der Wirtschaftskrise zu erstatten. Der Ausschuss tritt voraussichtlich erst Ende August zusammen.

Wiederholt haben sich die Gewerkschaften gegen die Versuche der Arbeitgeber, das Kündigungsschutzgesetz zu beseitigen, zur Wehr setzen müssen. Der Angriff gegen den Kündigungsschutz wird nun wieder erneuert. Niemand wird sich darüber wundern; denn die Hitlerbewegung hat die Scharfmacher im Arbeitgeberlager keck gemacht. Ihr Appetit wächst. Den Abbau der Sozialversicherung glauben sie schon so gut wie erzwungen zu haben, und daher rüsten sie sich nun zu neuem Vormarsch gegen die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit. Dazu gehört vor allem der Kündigungsschutz für die Angestellten.

Allem Anschein nach haben aber die meisten Arbeitgeber bis jetzt von der Last des Kündigungsschutzgesetzes noch nicht sonderlich viel gespürt. Daher haben die Arbeitgeberverbände, allem voran der Hauptausschuss der Chemnitzer Arbeitgeberverbände, ihre Einzelmitglieder durch Rundschreiben förmlich zu einem Trommelfeuer auf das Reichsarbeitsministerium aufgeputscht. Künstlich soll eine Woge des Unmutes der unter dem Kündigungsschutzgesetz angeblich schwer seufzenden Arbeitgeberschaft hervorgerufen werden. Das Ministerium soll mit persönlichen Klagen bestürmt werden, damit die Öffentlichkeit nicht merkt, dass der Entrüstungssturm nichts anderes als bestellte Arbeit ist.

Auf den Reichsarbeitsminister der Hitlerbaronie hat dieser Entrüstungssturm der Arbeitgeber sofort einen tiefen Eindruck gemacht. Daher seine Aufforderung an den Reichswirtschaftsrat, über die Auswirkung des Gesetzes zum Schutz der älteren Angestellten ein Gutachten zu erstatten. Bezeichnenderweise wurde der Reichswirtschaftsrat, wie in den Kreisen der freien Angestelltenschaft hervorgehoben wird, vom Reichsarbeitsminister daran erinnert, dass das Kündigungsschutzgesetz seinerzeit vom Reichstag in einer anderen Fassung beschlossen worden sei, als sie die Reichsregierung in Übereinstimmung mit dem damaligen Gutachten des Reichswirtschaftsrates vorgelegt habe. Wozu diese Erinnerung? Sicherlich nur zu dem Zweck, ein Gutachten zu erzielen, das die Beseitigung oder wenigstens die Verschlechterung des Kündigungsgesetzes möglichst erleichtert.

Der Reichsarbeitsminister kann sich aber auch täuschen; denn die Angestelltenschaft schläft nicht. Es ist kaum anzunehmen, dass der Reichswirtschaftsrat nur einfach bestellte Arbeit leistet. Wenn das Kündigungsschutzgesetz seinerzeit im Reichstag in einer besseren Fassung beschlossen wurde als sie vom RWR vorgeschlagen war, so braucht deshalb nunmehr der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates nicht unbedingt eine neue schlechtere Fassung zu empfehlen.

SPD. Die Vereinbarung zur Beilegung des Tarifkonflikts der Schuhindustrie sieht in der Ferienfrage nur eine Notmassnahme für das Jahr 1932 vor. Die Arbeiter, die nach dem 14. Juli 1932 ihre Ferien antreten, erhalten eine Ferienvergütung von 36 Stunden, errechnet nach den Bestimmungen des Hauptvertrages. Ausgezählte Ferienvergütungen werden, wie wir ausdrücklich betonen wollen, nicht zurückgezahlt, und für diejenigen Betriebe, die ab 1. April 1932 ununterbrochen voll gearbeitet haben, verbleibt es bei den bisherigen (in § 14 des Hauptvertrages vorgesehenen) Bestimmungen.

SPD. Eine der Hauptlügen der Nazis, die sie im Auftrag der Scharfmacher zu kolportieren haben, ist die Behauptung, die Soziallasten hätten die Wirtschaftskrise mit verschuldet. Zu diesem Schwindel erklärte der neue Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Dr. Butler, gegenüber einem Vertreter des "Deutschen": In Amerika sei die Krise geradezu furchtbar. Trotzdem sei dieses Land weder durch gewerkschaftliche Bewegungen noch durch soziale Lasten in seiner wirtschaftlichen Entwicklung gehemmt worden. Aber das Fehlen der sozialen Versicherung werde in Amerika derart schmerzlich empfunden, dass man dort beginne, die Sozialversicherung einzuführen. Die Sozialversicherung könne ein Volk schon deshalb nicht ärmer machen, weil es sich darum drehe, die vorhandenen Existenzmittel von den besser Situierten an die in ihrer Existenz Bedrohten zu verteilen.

Butler hofft, dass auch das Schlagwort von den sozialen Lasten eines Tages wirkungslos verpuffen werde.

SPD. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband sucht allem Anschein nach bei der Regierung der Hitlerbarone Anschluss; denn die DHV-Leute vermieden es ängstlich, gegenüber der Regierung Papen-Schleicher irgendwie Front zu machen. Nicht einmal die Bedrohung der Angestelltenversicherung gab ihnen Veranlassung dazu.

Bei allen Angestellten, ohne Rücksicht auf ihre Verbandszugehörigkeit, haben die ungeheuerlichen Eingriffe der Regierung der Barone in die Leistungsgestaltung der Angestelltenversicherung Unbill und Empörung hervorgerufen. Die Vertreter des Afa-Bundes haben deshalb verlangt, dass in der Selbstverwaltung der Angestelltenversicherung sofort zu der 5. Notverordnung Stellung genommen werde. Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, das unter ausschlaggebendem Einfluss des DHV steht, hat diese Förderung der Afa-Vertreter jedoch rundweg abgelehnt. Dabei brachte die Notverordnung vom 14. Juni Eingriffe in die Angestelltenversicherung, die die schlimmsten Befürchtungen übertroffen haben. Für Ruhegehälter nach dem 30. Juni beträgt der Grundbetrag nur noch 33 Mark monatlich, der Kinderzuschuss nur noch 7,50 Mark; die laufenden Ruhegehälter erfahren eine Kürzung um 6 Mark monatlich. Schliesslich wird auch noch das gesamte Etatrecht des Verwaltungsrates sowie jede selbständige Finanzgebarung der Angestelltenversicherung in Frage gestellt.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt, auf deutsch der DHV, lehnt aber eine eindeutige Stellungnahme gegen die Notverordnung ab. Es stellt sich schützend vor die Regierung Papen, vor die Regierung der Hitlerbarone, die diese unerträglichen Eingriffe in die Angestelltenversicherung auf dem Gewissen hat. Die Sitzung des Verwaltungsrats wird um volle vier Wochen hinaus geschoben. Sie findet kurz nach dem Termin der Reichstagswahlen statt.



Nazis und Grossverdiener.

285 Direktoren verdienen pro Jahr 100 Millionen Mark.

SPD. Die Nazis faseln so viel von der Enteignung der Börsen- und Bankfürsten. Sie haben auch, um ihren Anhängern Sand in die Augen zu streuen, in den Parlamenten Anträge auf Wegsteuerung der Riesengehälter gestellt. Sonst ist nichts geschehen. Dabei fällt bereits auf, dass die Nazis garnicht von den Riesengehältern und Rieseneinkommen in der Gross- und Schwerindustrie sprechen. Während die Arbeitslosen hungern, gibt es hier Millioneneinkommen. An dieser Tatsache drücken sich die Nazis vorbei. Wer allerdings von der Gross- und Schwerindustrie finanziert wird, darf das Maul nicht gegen seine Brotgeber aufmachen. So steht es um den Kampf der Nazis gegen den Kapitalismus.

Im folgenden bringen wir eine Tabelle, die zeigt, wie die Beherrscher der Gross- und Schwerindustrie es in der Krise verstanden haben, ihr Rieseneinkommen zu behaupten. Man hat die Löhne gekürzt, den Invaliden, den Witwen und Waisen die Rente vermindert, den Kriegsbeschädigten den Brotkorb höher gehängt; selbst bewilligen sich diese Herrschaften phantastische Gehälter, wie unsere Zusammenstellung, die wir beliebig vermehren können, zeigt.

In der ersten Spalte sind die gesamten Verwaltungskosten enthalten, also die Gehälter für den Vorstand und den Aufsichtsrat. Spalte 2 zeigt die Zahl der Mitglieder des Vorstandes, also der eigentlichen Leitung der Unternehmungen; Spalte 3 das Gesamteinkommen des Vorstandes und schliesslich Spalte 4 das Durchschnittseinkommen pro Kopf.

	Gesamte Verwal- tungsko- sten(Vor- stand und Aufsichtsrat)	Zahl d. Mitglie- der	Vorstand Be- züge	Durch- schnitts- gehalt pro Kopf
1. Braunkohlenbergbau.				
Ilse Bergbau	411125	2	257000	130000
Eintracht A.G.	369256	3	211000	70000
Rhein.Braunkohle	644855	5	323000	65000
			(einschl.d.V.=Bezüge bei Tochterges.wohl über	100000)
2. Kalibergbau.				
Salzdetfurth-Konz.	1265263	10	1000000	100000
Burbach Kaliw.A.G.	631325	4	337200	85000
3. Schwerindustrie.				
Mannesmann Röhrenwerke	953734	7	878000	125000
4. Chemie.				
I.G. Farben	7006216	43	5979719	140000
Deutsche Erdöl A.G.	632400	5	582000	120000
Rütgerswerke A.G.	482000	6	450000	75000
Oberschles.Kokswerke u.Chem.Fabriken A.G.	486106	6 ca.	450000	75000

5. Papierindustrie.				
Feldmühle A.G.	902266	8	820000	<u>103000</u>
Zellstoffabrik Waldhof	526200	5	480000	<u>100000</u>
6. Maschinenbau.				
Schubert & Salzer	673627	4	574627	<u>145000</u>
Jul. Pintsch A.G.	403000	3	373000	<u>125000</u>
Akkumulatorenf. A.G.	846900	4	440000	<u>110000</u>
7. Textilindustrie.				
Kammgarnspinn. Stöhr	306900	3	270900	<u>90000</u>
Vereinigt. Glanzstoff= fabr. u. Bamberg A.G.	678000	8	ca.	<u>80000</u>
Baumwollind. Erlangen= Bamberg	154320	2	137320	" <u>70000</u>
Berlin-Gubener Hutf.		2	219244	<u>110000</u>
8. Schuhindustrie.				
Salamander A.G.	880000	12(!)	800000	80000
Conrad Tack A.G.	337090	5	357000	71500
9. Gummiindustrie.				
Continental Gummiw. (einschl. Geschäftsführ.)	1995000	2	100000	50000
Dt. Linoleumwerke (6 Mill. Verlust)	821752	9	ca.	75000
10. Baugewerbe und Baustoff= industrie.				
Julius Berger A.G.	356000	3	300000	100000
Grün & Bilfinger A.G.	346290	5	ca.	60000
Dyckerhoff-Wicking A.G.	449000	6	"	70000
Schles. Portland-Cement A.G. für Glasindustrie	260370	4	"	60000
	168857	1	"	110000
11. Genussmittelindustrie.				
Sarotti A.G.	392000	3	362000	" 120000
12. Private Versorgungskonzerne				
Gesfürel, Ludw. Löwe A.G. (einschl. Elektrizitätswerk Südwest)		8	670000	<u>85000</u>
Flekt. - Lief. A.G.	327500	3	0000	<u>100000</u>
Dt. Cont. Gas (o. Tocht.)	372370	1		<u>160000</u>
13. Schiffahrtsges.				
Hapag, Nordlloyd u. Hamb.-Südamerika zus.	955824	10	ca.	85000
14. Grossbanken u. Vers. Ges.				
Dt. Bank u. Disc.-Ges.	3373782	24	2844750	120000
Comm.-u. Privatbank	1019636	11	926636	90000
Dresdener Bank	1029472	11	867310	75000
Berl. Handelsges.	639077	3	575000	190000
Centralbodenkredit.	1112000	14	968210	70000
Allianz-Versicherung	2309660	22	1695635	80000

Die durchschnittliche Vergütung pro Vorstandsmitglied beträgt bei den aus zahlreichen Branchen gewählten 39 Gesellschaften über 100 000 Mark, die Generaldirektoren allein beziehen vielfach das Doppelte oder gar das Dreifache. Auch die Aufsichtsratsposten werden noch immer recht nobel bezahlt. Der deutsche Chemietrust, die I.G. Farbenindustrie, bewilligt seinem Aufsichtsrat insgesamt 1,6 Millionen, pro Mitglied über 20000 Mark. Bei Gesellschaften mit noch relativ günstigen Abschlüssen (Berliner Kindl, Dessauer Gas, Continental Gummi, Akkumulatorenfabrik Berlin) erhalten die Aufsichtsratsmitglieder 30 000 Mark - und das sind nur Nebeneinnahmen!

Die 285 Direktoren grösserer und mittlerer Aktiengesellschaftender Tabelle beziehen allein an ausgewiesenen Vorstandsbezügen insgesamt mehr als 30 Millionen Mark. Dazu kommen die Nebeneinnahmen aus Aufsichtsratsmandaten bei Tochtergesellschaften und befreundeten Unternehmungen, Repräsentationskosten etc. Man wird ihre Gesamteinnahmen mit 100 Millionen Mark nicht zu hoch taxieren. Ein Häuflein von noch nicht 300 sogenannten Wirtschaftsführern, beileibe nicht etwa nur die ganz prominenten, sondern zahlreiche Grössen dritten und vierten Grades darunter, verdienen also auch heute noch so viel wie etwa 100 000 in Kurzarbeit stehende Arbeiter. Und das ist nur ein kleiner Bruchteil von insgesamt 25 000 Direktoren der Aktiengesellschaften. Auch bei den kleineren Unternehmungen werden nach wie vor viel zu hohe Gehälter an die Verwaltungen gezahlt.

So sieht die Anpassung an die "Armut der Nation" aus, die Reichskanzler von Papen predigt. Dieses Pfründensystem einer unfähigen grosskapitalistischen Clique wird vom deutschen Faschismus, von Hitler und seinen bezahlten Banditen verteidigt.

Wählt antifaschistisch!

Wählt Sozialdemokraten, Liste 1.

Politik und Börse.

(Berliner Getreidebörse vom 20. Juli)

SPD. An der Berliner Produktenbörse zeigte sich am Mittwoch wenig Unternehmungslust. Im Mittelpunkt des Interesses standen die letzten innerpolitischen Ereignisse; die unsichere Lage schränkte die Geschäftstätigkeit sehr ein. An der geschäftlichen Situation hat sich kaum etwas geändert. Prompter Roggen ist kaum noch vorhanden und gelangte auch nicht zur Notierung. In altem Weizen war das Angebot spärlich, sodass der Kurs abermals um 2 Mark heraufgesetzt werden musste. Am Markte der Zeitgeschäfte herrschte gleichfalls wenig Angebot in Weizen, aber auch die Nachfrage hielt sich in Grenzen, da keine Exportmöglichkeiten bestehen. Die Preise waren im wesentlichen unverändert, bis auf Roggen zur Julilieferung, der zu Deckungszwecken stark begehrt war und um 3 Mark im Preise gewann. Neuer Roggen fand geringeres Interesse. Lediglich bestand einige Nachfrage nach schnell verladbarer Ware, während für die späteren Sichten kaum nennenswerte Kauflust erkennbar war. Am Mehlmarkt herrschte gleichfalls ziemliche Stille. Weizenmehl konnte nur zur gedrückten Preisen in geringen Mengen umgesetzt werden. Roggenmehl war nur in schnell verladbarer neuer Ware begehrt. Etwas später war die Stimmung für Hafer, während sich am Gerstenmarkt die Käufer abwartend verhielten.

	<u>19.7.</u>	<u>20.7.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	239 - 241	241 - 243
Roggen	-	-
Futter- und Industrieroggen	157 - 172	160 - 172
Hafer	157 - 162	159 - 164
Weizenmehl	29,50 - 33,75	29,50 - 33,75
Roggenmehl	24,75 - 26,50	24,75 - 26,50
Weizenkleie	11,50 - 11,80	11,50 - 11,80
Roggenkleie	10,25 - 10,60	10,25 - 10,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 254½ - 257, Sept. 227½, Okt. 228, Dez. 230. Roggen Juli 183, Sept. 177 - 176½, Okt. 177½ - 177, Dez. - bis 180, Hafer Juli 170, Sept. -.

Kunst und Wissen

INTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 20. Juli 1932.

Zwei Schlauköpfe.^x

SPD. "Ich weiss nit," murmelt der tschechoslowakische Zollbeamte Nepomuk Chuzborek, indem er gedankenvoll zusieht, wie einem dicken Reisenden das Gepäck revidiert wird, "der Mann gefällt mir nit mehr!" Sein Kollege Sebastian Schaborek entlässt soeben den Polenreisenden mit einem jovialen Abschiedsworte wie er das nun schon seit langem zu tun gewohnt ist. Denn der dicke Herr Morawski aus Pressburg macht die Reise nach Polen mindestens zum zwölften Male, immer über die kleine Station, wo Chuzborek und Schaborek ihres Amtes walten; so ist er allmählich ein guter Bekannter geworden.

"Schaborek," sagt Chuzborek jedoch heute, "da stimmt was nit!"

"Was soll denn da nit stimmen?"

"Das mit den Andenken."

Sebastian schweigt. Mit den Andenken verhält es sich so: Der dicke Herr Morawski, der jeden Monat seine Verwandten in Polen besucht, pflegt als guter Sohn, Bruder, Onkel, Neffe und Vetter stets eine Anzahl niedlicher Porzellanfigürchen mitzubringen, die zwar nicht viel Wert haben und deshalb nicht einma verzollt zu werden brauchen, aber den Verwandten, wie Herr Morawski mit strahlendem Wohltätergesichte versichert, sehr grosse Freude machen. "Ich bitt' dich, Bastl," sagt Mucki eindringlich, "wo bleiben die Verwandten mit all diesen Schäfchen, Rotkäppchen, Dirndl und Kavalieren, den Katzen und Spatzen und Hunderln? Müssen nit längst alle Gesimse übervoll sein? Warum schenkt er nit amal was anders?" Bastl ist überwältigt von soviel beruflichem Scharfsinn. Er nickt wohl zehnmal hintereinander, und sie beschliessen, dem dicken Pressburger, mag er noch so liebenswürdig sein, beim nächsten Mal auf den Zahn bezw auf das Porzellan zu fühlen. "Nein, weisst, Mucki," sagt Sebastian entschlossen, "überlisten lassen wir uns nimmer!"

Nach Monatsfrist kommt Herr Morawski wieder. Düstere Amtsmienen empfangen ihn. Nepomuk schliesst schweigend den Koffer auf, und Sebastian holt den Hammer. "Aber...ei nun... wie... was?" entsetzt sich der dicke Herr. Vergeblich. Bastl hält ein weisses Unschuldsschäfchen in der Hand und schlägt ihm kunstgerecht den Kopf ab. Das Ergebnis ist verblüffend: eine Portion Kakaon kommt zum Vorschein! Mucki Chuzborek sieht den Herrn aus Pressburg vernichtend an, und dieser schlägt die Augen nieder. Sebastian aber schwingt den Hammer, bis alle Figürchen ihres Kopfes und ihres Inhalts beraubt sind, worauf Herr Morawski festgenommen und der Gendarmerie übergeben wird.

"Gut! Sehr gut die Leute!" preist der Oberzollkommandant, als es ihm gemeldet wird, und er erwähnt Chuzborek und Schaborek lobend in seinem Tagesbefehl. "Siehst du," sagt Mucki, "man muss sich nit verblüffen lassen!" Und Bastl nickt selbstbewusst.

Ein paar Wochen später - der dicke Morawski ist inzwischen zu drei Monaten verdonnert worden - kommt ein sehr distinguiert gekleideter Herr an die Grenze, zeigt seinen Pass und öffnet den Koffer. Die Augen der beiden Grenzwächter werden gross wie Äpfel, und sie tauschen einen einzigen langen Blick. Unten im Koffer liegen, wohlbehütet, etwa ein halbes Dutzend winziger Porzellanfiguren. "Ich weiss nicht genau, ob und wie hoch sie verzollt werden müssen," sagt der Herr. Er bekommt keine Antwort. Nepomuk wiegt die Figür-

chen in der Hand - "Schöne Dinger!" denkt er anerkennend -, und Sebastian holt den Hammer. Klatsch, rollt der Kopf des Rokokofräuleins über den Revisionstisch. "Oh... ah... au! Meine lieben Herren, was machen S'?" stöhnt der Herr auf. "Bitt' schön, um Himmels willen... ich bitt' Sie um alles..." Sebastian hält irritiert inne. "Lass dich nit verblüffen!" knurrt Nepomuk ihn an, und der Hammer tut seine Arbeit weiter. Aber, o Wunder, auch die zweite Figur erweist sich als vollkommen leer. Bastl wirft den Hammer hin. Aber Nepomuk, mit mehr Misstrauenbegabt, schlägt noch ein drittes Mal zu. Das Ergebnis ist negativ wie zuvor: es findet sich weder Kokain noch sonstwie Verbotene. Mucki fasst sich ans Kinn und sieht den Herrn unsicher an. Bastl desgleichen. Mit einem verlegenen Lächeln wollen sie ihm das Porzellan wieder in den Koffer schieben. Aber der Reisende, der sich vorhin so sehr erregt hat, bekommt jetzt auf einmal eine eisige Ruhe. Er schliesst die Bruchstücke in den Koffer und geht hinaus. Draussen erkundigt er sich nach der Zollkommandantur und schlägt, von argwöhnischen Blicken verfolgt, den Weg dorthin ein.

Eine Viertelstunde später kommt er in Begleitung des Oberzollkommandanten zurück. Bastl und Mucki können sich nicht entsinnen, ihren Chef jemals so toben gehört zu haben. Dem Laufe seiner Donnerrede wortwörtlich zu folgen, ist ihnen in der Aufregung nicht möglich; sie schnappen als Wichtigstes den Ausdruck "kostbare Stücke" auf, der häufig wiederkehrt und vermutlich dem Porzellan gilt, ferner ein zweifellos für sie bestimmter Kraftausdruck von "unbeleckten Karpathenbären". Nach einem letzten vernichtenden Blick auf seine Untergebenen wendet sich der Kommandant an den Reisenden: "Also, Herr Professor, für den Augenblick lassen Sie sich, bitte, an meinen unendlichen Entschuldigungen genügen! Selbstverständlich kommt der Staat für den Schaden auf; ich werde mich persönlich dafür einsetzen, dass alles mit grösster Beschleunigung erledigt wird."

Drei Wochen später zahlt der tschechoslowakische Staat dem Herrn Professor Pollaczek aus Wien zweitausend Schilling Schadenersatz für zerschlagenes altes Sèvres-Porzellan. "Siehst du," knurrt Sebastian, als die Namen Chuzborek und Schaborek wieder im Tagesbefehl prangen, "das kommt davon, dass wir damals den Morawski... - Ich sag' halt: alles laufen lassen - das ist das Richtige!" Und Nepomuk, gänzlich irre geworden an seinen zollamtlichen Qualitäten, stimmt ihm müde zu.

Hanns Roessink.

Versunkene Stadt. X

SPD. Ueber der Patina einer grossen Vergangenheit liegt nur noch der bescheidene Glanz des Fremdenverkehrs. Was die Dinkelsbühler ererbt von ihren Vätern haben, erwerben sie mit mehr oder minder geschäftstüchtigem Geschick von den Lauten, die (vielleicht) aus der Geschichte oder (wahrscheinlicher) aus dem Baedeker und der Reklame der Reisebüros wissen: hier ist ein Stück Mittelalter mitten zwischen weiten grünen Wiesen und Aeckern liegen geblieben. Die tausendjährige Geschichte dieser Stadt ist ein paar Jahrhunderte lang lebendigste Wirklichkeit gewesen, machtvolle Wirklichkeit, an der die Stürme des dreissigjährigen Krieges rüttelten, aber sie nicht erschütterten. Dann aber blieb hier die Zeit stehen. Sie ging an den Mauern vorüber, die heute noch das ganze Städtlein umklammern. Die grosse Verkehrsstrasse von Augsburg nach Nürnberg-Würzburg - die Südostachse der mittelalterlichen Handelspolitik - läuft heute anderswo. Zwar gibt es auch hier eine Eisenbahn, aber sie ist einspurig. Alle paar Stunden fährt ein Züglein mit drei Wagen und einem Dutzend Gästen sehr gemächlich, damit das Gras zwischen den Schienen im Wachsen nicht

gestört wird. Fern von allem geschäftigen Tempo der Grosstädte unsres Jahrhunderts liegt hier eine Erinnerung an die mancherlei kleinen freien Reichsstädte. Denn Dinkelsbühl war von 1361 bis 1806 souveräner Städtchenstaat, in dem die Zünfte die Monopole ihrer Wirtschaft nicht minder fest in den Händen hatten wie heute die mächtigen Herren der Aktienpakete. Man war damals noch fromm, wenn man zur besitzenden Klasse zählte; mindestens gehörte es zum guten Ton, dass die Weber oder die Gerber einen Altar stifteten, der manchmal ein Kunstwerk war. So stehen in der St. Georgskirche, der schönsten Hallenkirche Süddeutschlands, heute noch jene zünftlerischen Stiftungen, bunt bemalt, mit goldenen Heiligen und steifen Holzfiguren. Mit einem braven hölzernen St. Florian, der naiv und lieb aus einem Kübel Wasser ausschüttet auf das Haus, aus dem die brandrot bemalten hölzernen Flammen hinausschlagen. So steht mitten in der Stadt, gewaltig, aus grauem Sandstein aufgetürmt, das Massiv dieser Kirche, in einem halben Jahrhundert von Vater und Sohn erbaut, im Innern ein überraschend heller Bau, mit riesenhaften Pfeilern, die sich oben über 20 m hoch verzweigen - genau so hoch wie die Breite des 77 m langen Doms. Und dieses Bauwerk wirkt um so wuchtiger, als es mitten in einer Stadt steht, die, weiss Gott, eine Kleinstadt war und ist. War's der Ehrgeiz der Stadtväter, den Nürnbergern und andern grossen Rivalen es nachzutun, wie das kleine Wismar droben an der Ostsee keine Ruhe hatte, bis es das grössere Lübek übertrumpft hatte? Ich weiss es nicht; aber Rivalitäten sind nicht zuletzt der Sporn zu grossen Taten.....

Heute freilich... Da sitzt gleich vor dem Dom der brave liebe alte Christoph von Schmid, dessen harmlose fromme Geschichten man vor nicht allzu langer Zeit der Jugend zu lesen gab, und den man versteht, wenn man an Dinkelsbühl denkt. Und wenn man die Gassen durchschlendert, sieht man enge, kleine Häuser, ein paar Meter breit, aufeinander gedrängt, als habe die Erde nur diesen einen Fleck übrig gelassen. Man schaut in stickige Höfe, in kleine Durchgänge; man schaut dem Handwerker mitten ins Geschäft hinein. Es sind dunkle Löcher zuweilen, und aus den engen Höfen kommt ein dumpfer Geruch von verfaulten Früchten und stehen gebliebenem Abwasser und von all dem, was eine zusammengepferchte Landwirtschaft verrät. Es ist der Odem des Mittelalters, der einem hier aus den Gassen und Höfen entgegenschlägt. Freilich, wer nur die ästhetische Seite sieht, der findet das alles ungemein malerisch; und das ist es auch. Die Häuser, vielfach bunt gestrichen, unregelmässig nebeneinander geklebt, mit allerlei Fachwerk, die Gasthäuser mit schmiedeeisernen Schildern, deren Ornamentik sich in einen blauen Himmel wundervoll hineinzeichnet, all das ist schön und von einer lebendigen Romantik. Wer dazu noch Sinn für die Geschichte hat, die hier irgendwie stehen geblieben ist, eine Historie aus Stein und Holz, der wird mit einer liebevollen Hingabe diese Bilder in sich aufnehmen.

Aber die Wirklichkeit unsrer Tage sieht anders aus. Sie steht mitten in der Stadt und sieht genau so arm aus wie in der jüngsten Gemeinde Deutschlands. Diese herbe Wirklichkeit findet man vor dem Arbeitsamt. Hunderte von Rädern sind aneindergestoppelt, und hunderte von Arbeitslosen stehen herum. Das ist die moderne Wahrheit dieser Romantik, und daran ändern die mancherlei Autos nichts, die mit fernen Ziffern vor den Hotels stehen. Die Autos fahren weiter; das Arbeitsamt bleibt. Dann sitzen die Bürsten- und Pinselmacher und die kleinen Handwerker wieder in ihren engen, stickigen Stuben. Und die Nachfahren der grossen Herren, die Dome bauten und Altäre stifteten, die Zinngiesser, die es hier noch gibt, und die Holzdreher sitzen in den kleinen Wirtschaften und politisieren. Es sind zwar Menschen des 20. Jahrhunderts, aber das will wenig besagen. Sie sind zunächst Bürger von Dinkelsbühl. Um ihre Stadt geht heute noch die alte Mauer, und ein Dutzend hoher Türme ragt ringsum in die Höhe, schöne alte Tore, die sich zum Teil in dem Wasser spiegeln, das die Stadt einst trefflich schützte. Diese alte Mauer ist ein Symbol. Sie hat ja keinen Zweck mehr; sie ist nur noch ein schöner und interessanter Rest einer

einer verklungenen Zeit. Ach, nein, so ganz verklungen ist sie nicht, diese Zeit: sie lebt noch in den Köpfen der Menschen fort, freilich nicht in dem Willen, grosse Taten zu tun, wie einst die Georgskirche eine grosse moderne Tat war, sondern in jener Stimmung des Abseitigen, der versprengten Bürger, die räsonnieren, weil sie nicht mehr gestalten können. Man soll ihnen daraus keinen Vorwurf machen. Aus den engen Gassen dieser wunderschönen, zeitfremden Stadt kann der Strom lebendigen Wollens nicht mehr kommen; das gestaltet sich dort, wo die grossen, sachlichen Gemeinschaften sich angesiedelt haben, mit Zentralheizung und gemeinsamen, elektrisch betriebenen Waschmaschinen, mit Kinderspielplätzen voll Luft und Licht in den weiten grünen Höfen. Dort wächst die neue Zeit!

Rolf Gustav Haebler.

Geusen in der Adria.^x

SPD. Wenn wir auch nicht wie jene niederländischen Freiheitskämpfer um politische Befreiung ringen - arm sind wir wie sie, und ein ungekettetes Dasein macht uns für eine kurze Lebensspanne glücklich. Es ist wohl eine Geusenidee, von der wir besessen sind! Indien im Faltboote zu erreichen. Wir können nicht im Frühjahr nach Nizza fahren und im Winter St. Moritz aufsuchen. Uns genügt es, einmal, ein einziges Mal zwischen Kindheit und Greisentum der Haft der Grossstadt entronnen zu sein, dem Gedanken folgende, Indien in einer winzigen Gummibarke zu erreichen.

Darum jubeln wir auch wie Bettler vor grenzenloser Fülle, als die Adria prunkend vor uns aufleuchtet. Schliesslich schaukelt sich das kleine, zusammenlegbare Boot auf den grünen Wellen, und mein Kamerad und ich stechen in See, Kurs auf Indien... Lebt wohl, Mietskasernen; uns wiegt die funkelnde Adria!

Langsam entweicht der wie tot daliegende Hafen des italienischen Fiume. Ihm folgt das jugoslawische Susak, weiss getünchte Häuser in blendender Sonne und enge, fast orientalisches aussehende Gassen. Spiegelglatt glänzt das Meer, hinter dem graue Bergwildnis aufsteigt. Einsam dehnt sich der schmale, smaragdene Küstenstreifen. Aber, hallo, dort auf den Klippen in der südlichen Glut - rufen dort nicht Menschen? Wir rudern näher und erblicken wohligh ausgestreckte Jungen und Mädchen auf dem lichten Gestein. Da sie uns sichten, fliegen die Hände zum Grusse hoch, Tücher und Kappen... Wir halten inne. Schon ist es Spätnachmittag; landen wir also bei dieser freundlichen Jugend und schlagen hier unser Zelt auf! Kaum ist das Boot am Ufer geborgen, da springen wir auf ihrem Lagerplatz auf. Aber, ach, die Sprache erhebt sich wie eine Schranke zwischen uns. Wir möchten so gern zueinander kommen - wie im Volkslied - und können es doch nur schlecht mit vielen Gesten. Doch die stummen Worte des Gefühls, der Ausdruck des Gesichts, Lachen und Fröhlichkeit sprechen beredt. Am Ende finden wir auch eine Brücke, über die man, bitte, nicht leichtfertig lächeln soll... Wir nehmen unsere Instrumente, und siehe da - diese jungen Jugoslawen singen mit wahrer Begeisterung längst verklungene deutsche Tonfilmschlager, an die in Deutschland heute niemand mehr denkt!... Wer singt etwa noch den "Gardeoffizier"?! Aber als wir gemeinsam - jugoslawisch und deutsch - das sentimentale Lied in die dämmernde Adria hinausschmettern, erfreut es uns unbändig. Als sie spät scheiden, häuft sich am Boden ein kleiner Berg von Kostbarkeiten: Eier, Brot, Fleisch, Käse. Da stammeln wir unsern Dank doch deutsch heraus; Herrgott, sie werden es schon verstehen. Dann winken wir lange den unbekannteten Freunden, die jung sind wie wir, und stehen erschauernd in der nächtlichen Einsamkeit vor unserm Zelte... Geusenfahrt!

Kurz vor dem Absinken in tieferen, traumlosen Schlaf schrecken wir jäh

hoch. In unsre kleine Behausung dringt Stimmengewirr; am nahen Strande raselt eine fallende Kette; das Wasser plätschert. Ein unbedachter fremder Griff an unser Boot kann schaden - also hinaus! In gewaltiger, wilder Klarheit spannen sich uns zu Häupten die blauen Netze der Gestirne. In der Ferne flammen die Lichter kleiner Dörfer wie Nachtfeuer, dicht umhüllt von Schwärze. Am Ufer steht die dunkle Silhouette eines Mannes. Wir sprechen ihn an, und - er antwortet deutsch! Es sind Fischer, die ihr Fanggerät auswerfen. Wir können uns mit dem, der vor dem Zelte blieb, gut verständigen. Als aus der Finsternis ein fordernder Ruf aufklingt, beginnt er, gleichmässig an einem Seile zu ziehen. Auch wir greifen zu. Unsre Arme federn ruckmässig an der nassen Schnur hin. Da, in einer winzigen Pause zwischen den Schwüngen dreht sich der Fischer halb zu mir herum - scharf hebt sich sein Profil gegen den funkelnden Himmel ab - und stösst fragend, ungewiss ein Wort heraus: "Republikaner"? Schwere Last hängt am Seil, aber keuchend bejahe ich energisch. "Sozialiste" setzt mein Kamerad hinzu. Im gleichen Augenblick verstärkt sich das an unsern Armen hängende Gewicht riesig; die Füsse stemmen sich haltsuchen gegenknirschenden Kies -: der Fischer hat losgelassen. Ich sehe seine Hand vor mir und weiss, dass er sie mir aus freudigem Gefühl entgegenstreckt... Schon will auch ich eine Hand von der Schnur lösen, mag das Netz immerhin zurücksinken, da hat er seine Unbedachtheit schon wieder gut gemacht und liegt, schwer atmend, mit dem ganzen Körper am tiefenden Seil. Erst als die zappelnde Fischbeute landet, legt er seine Rechte auf meine Schulter und verharret sekundenhaft mit Worten ringend. Da er mein offenes, erregtes Gesicht sieht, wendet er sich wie im Einverständnis lächelnd ab. Gleich darauf hat ihn und das Boot mit seinem Gefährten die Nacht verschluckt, -

Gegen Morgen trommelt der Regen aufs Zeltdach. Der unruhigen Melodie lauschend sinnen wir dem Traum Indien nach. Uns können Not und Entbehrungen auf dem Wege dorthin nicht beugen, denn überall in der Fremde, dessen sind wir gewiss, wird uns Handschlag und Gruss von Freunden aufrichten, von Schicksalsgefährten, von Geusen...
Erwin Frehe.

Dialog mit meinem Schuhmacher.

SPD. Ich: Na, wie geht's Geschäft, Herr Maier? Schlechte Zeiten für den kleinen Handwerker, nicht wahr?

Er: Gewiss, gewiss, sehr schlechte Zeiten! Aber noch genau zehn Tage, dann kommt's anders.

Ich: ??

Er: Ohne Zweifel! Wenn Hitler an die Regierung kommt, dann hat dieses System ausgewirtschaftet. Seit einem halben Jahre zahle ich meine Lieferanten nicht mehr. Im Dritten Reiche werden diese Schulden gestrichen, damit das Handwerk wieder hoch kommt.

Ich: Wenn Sie das so genau wissen, dann... .

Er: Das weiss ich sogar sehr genau.

Ich: Dann ist's ja gut. Auf Wiedersehen, Herr Maier!

Er: Einen Augenblick! Sie haben ja Ihre Stiefelsohlen noch gar nicht bezahlt. Macht 3 Mark fünfzig. Gutes Kernleder.

Ich: Bezahlen? Ich und bezahlen? Ich bin doch nicht verrückt, Menschenkind! Zehn Tage vor dem Dritten Reiche, wo die Schulden gestrichen werden.

Er: Ja, sooooo hab ich das nicht gemeint. Die Andern müssen natürlich bezahlen..

Ich: Ach so, die Andern. Ganz richtig, so meint es auch Herr Hitler. Die Andern. Die sollen die Zeche bezahlen. Die Andern, die Arbeiter nämlich. Kommen Sie gut ins Dritte Reich hinüber, Herr Maier! Die Andern können sich übrigens auch in Zukunft bei Ihnen die Stiefel besohlen lassen!

Albert Ansmann.

Sternschnuppen.^x

SPD. Mit zu den schönsten Erscheinungen des Himmels in klarer Nacht gehören die Sternschnuppen, die plötzlich am Himmel auftauchen, eine kürzere oder längere feurige Bahn durchlaufen und dann wieder lautlos im Dunkel verschwinden. Zu manchen Zeiten des Jahres treten diese kosmischen Wanderer, diese winzigen Welttrümmer, besonders zahlreich auf. Die bekanntesten Schwärme sind die August- und die Novembersternschnuppen. Nach ihren Ausstrahlungspunkten am Himmel werden sie auch die Perseiden und Leoniden genannt. Es sind nur sehr kleine, meistens nur wenige Gramm schwere Trümmer, die man als himmlisches Feuerwerk aufleuchten sieht. Erst durch die ungeheure Geschwindigkeit, mit der diese Stückchen in unsere Erdatmosphäre eindringen, entsteht die Erhitzung, weil sie sich durch das Tempo ihrer Fortbewegung an der Luft glühend reiben. Selbstverständlich fallen diese Stücke nicht zur Erde, sondern verpuffen schon in den höchsten Luftschichten zu Asche. Auf Grund sorgfältiger Beobachtungen hat man berechnen können, dass die mittlere Geschwindigkeit der Auguststernschnuppen, der sogenannten Perseiden, in der Sekunde 62 Kilometer beträgt. Das Aufleuchten erfolgt durchschnittlich in 131 Kilometer Höhe und das Erlöschen in 86 Kilometer Höhe. Für die mittlere Weglänge fand man eine Strecke von 77 Kilometern. Durch langjährige Untersuchungen konnte festgestellt werden, dass beide Sternschnuppenschwärme ungeheuer grosse Bahnen um die Sonne beschreiben. Schia parelli hat zum ersten Male darauf aufmerksam gemacht, dass die Bahn der Perseiden die gleiche ist wie jene, in der der Komet, der zuletzt im Jahre 1862 erschienen ist, wandelt. Bei beiden beträgt die Umlaufszeit um die Sonne ungefähr 110 Jahre. Ähnlich verhält es sich bei den Novembersternschnuppen, den Leoniden. Es liess sich feststellen, dass sie die gleiche Bahn haben wie der Komet, der im Januar des Jahres 1866 aufgetaucht ist. Die Vermutung eines Zusammenhanges von Kometen und Sternschnuppen ist mehrfach insofern bestätigt worden, als man eine regelrechte Auflösung einiger Kometen, wie z.B. beim Kometen Biela, am Himmel direkt hat beobachten können. Bei der Annäherung an die Sonne gehen grosse Umwälzungen im Kern des Kometen vor sich, die zuweilen einen vollständigen Zerfall des Kometen herbeiführen. Die unzähligen Trümmer zerstreuen sich dann über die ganze weite Kometenbahn. Wenn nun die Erde auf ihrem Wege um die Sonne diese Bahn kreuzt, dann saust sie wie ein Kinderball in einen Mückenschwarm, und ein prächtiger Funkenregen wird für den irdischen Beobachter am Himmel sichtbar.

Sind nun aber alle Sternschnuppen und Meteore Reste aufgelöster Kometen, also Glieder unsres Sonnensystems? Der englische Astronom Denning kam auf Grund seiner Untersuchungen zu mehr als 3000 Sternschnuppen-Ausstrahlungspunkten am Himmel; also Tausende von Meteorringen müssten demnach die Sonne umgeben. Das erschien von jeher wenig wahrscheinlich. Man kennt trotz sorgfältigen Suchens bis heute nur sechs Fälle, bei denen das Zusammenfallen von Sternschnuppenströmen und Kometenbahnen mit Sicherheit nachgewiesen werden konnte. Die neuen Arbeiten eines unsrer bedeutendsten Forscher auf diesem Gebiete, des Astronomen Dr. C. Hoffmeister, haben nun endgültig gezeigt, dass die Zahl der Sternschnuppen-Ausstrahlungspunkte am Himmel tatsächlich nur sehr gering ist. Hoffmeister konnte durch mühevollen Arbeiten und langjährige exakte Beobachtungen

gen von Auftauchen, Bewegung und Geschwindigkeit der Sternschnuppen nachweisen, dass die weit überwiegende Mehrzahl von ihnen dem Fixsternraum angehört. Ausserdem führten seine Untersuchungen aber auch zu der Feststellung, dass nicht wie man früher annahm, der Weltraum gleichmässig nach allen Richtungen mit Meteoren angefüllt ist, sondern dass es bestimmte Meteorströme im interstellaren Raum gibt, die von der Sonne unabhängigen Treibströmungen unterliegen. Eine dieser Strömungen liegt nach den bisher gemachten Beobachtungen so, dass die interstellaren Sternschnuppen um die Sternbilder "Zwillinge" und "Stier" häufiger in die Erdatmosphäre eindringen als auf der entgegengesetzten Himmelshälfte. Die Ausmasse dieser Sternschnuppen-Wanderstrassen sind aber so bedeutend, dass der Durchmesser unsres Sonnensystems dagegen nur verschwindend klein ist.

Erich Krug.

Freiheit!^x

Steige - höher hinan - flammend zu Berg:
Rotes, forderndes, singendes Blut!
Masse Herz! Masse Mut!
Steile und schwing' dich, Hammer, zum Werk!

Walle - sturmauf empor - trotzig bewegt:
Zielzu, drängendes, strömendes Blut!
Rotes Herz! Roter Mut!
Tränke den Acker, der Zukunft trägt!

Hebe dich, zwing' dich hoch in dein Recht!
Platz da! Arbeit! Freiheit! Und rot!
Masse Volk! Masse Not!
Keiner dir Herr und keinem du Knecht!

Karl Schneider-de Witt

SPD. Mondlicht und Vogelzug.^x Bis her wurde im allgemeinen die Auffassung vertreten, dass für die Zugzeiten jener Vogelarten, die sogenannte Nachtwanderer sind, in erster Linie die meteorologischen Bedingungen, also gutes oder schlechtes Wetter, Windrichtung usw. massgebend seien. Dr. Josef Norbert Dörr von der Zentralanstalt für Meteorologie in Wien konnte nun in einer Abhandlung die vor kurzem in den Sitzungsberichten der Akademie der Wissenschaften in Wien erschienen ist, den Nachweis erbringen, dass ein sehr enger Zusammenhang zwischen den Zugzeiten der Nachts wandernden Zugvögel und dem Mondlichte besteht. Die von Dr. Dörr bearbeiteten und mehrere Jahrzehnte umfassenden Beobachtungsangaben aus Österreich, Ungarn, der Schweiz, Frankreich, Norddeutschland, Estland und Nordschweden lassen deutlich eine nahezu gesetzmässige Abhängigkeit zwischen der Zeit des Wegzugs im Herbst bezw. der Ankunft im Frühling einerseits und den Lichtgestalten unsres Trabanten andererseits erkennen. Beide Zeiten, Wegzug und Ankunft, fallen mit dem Zeitpunkte des hellsten Mondlichtes zusammen. Es ist also höchst wahrscheinlich, dass die Vögel sich bei ihren Reisen in ganz besonderem Masse nach dem Mondlichte richten und ihre Wanderungen danach einteilen. Parallel mit den Verschiebungen der Mondphasen im Laufe der Jahre gehen auch wieder die Schwankungen des Aufbruch und der Rückkehr dieser Vogel in den verschiedenen Jahren. Diese interessanten Feststellungen, die einstweilen noch der Bestätigung von anderer Seite harren, dürften auch für unsre Vogelkundigen von ganz besonderer Bedeutung sein.
